

Kernprojekt IV/2: Demokratieförderung als Risikostrategie: Die Demokratisierungspolitik der Demokratien

Zusammenfassung

Das Projekt fragt nach den Bestimmungsfaktoren für die Politik und Praxis der Demokratieförderung demokratischer Staaten. Es untersucht, wie durch Anpassung in der Demokratisierungspolitik Zielkonflikte auf der Seite der Förderer („Geber“), die durch Konfliktsituationen auf der Seite der Geförderten („Nehmer“) entstehen, entschieden werden und wie diese Anpassungen zu erklären sind. Der Frage nach den Bestimmungsfaktoren der Reaktionsmuster der Demokratisierungspolitik wird in zwölf Einzelfallstudien sowie in einem systematischen Vergleich dieser zwölf Staatenpaare nachgegangen. Im Zentrum steht dabei das Paradoxon, dass allein Demokratien Demokratieförderung betreiben, deren kohärenter Umsetzung aber demokratiespezifische Schwierigkeiten entgegenstehen. Konkret wird der Umgang der beiden weltweit bedeutendsten Demokratieförderer (USA, Deutschland) mit Zielkonflikten in sechs „Nehmerländern“ (Pakistan/Türkei; Bolivien/Ecuador; Russland/Belarus) analysiert. Diese „Nehmer“ sind für drei Typen von Konfliktsituationen repräsentativ, in denen die Dilemmata, die der Demokratie als Emanzipationsprojekt und der Demokratisierung als tief greifendem Transformationsprozess eigen sind, hervortreten: „von unten“ an die Macht drängende islamistische Bewegungen; „von unten“ an die Macht drängende kapitalismuskritische Bewegungen; „von oben“ auf autoritäre Formierung zielende politische Eliten.

Das Projekt leistet einen Beitrag zur Forschung über externe Demokratieförderung und damit zugleich zur Transformationsforschung und zu den Internationalen Beziehungen, insbesondere zu einer theoriegeleiteten Analyse der Demokratisierungspolitik sowie zur demokratiezentrierten Außenpolitiktheorie. Es vertieft am Beispiel der USA und Deutschlands das empirische Wissen über Konzeption und Umsetzung der Demokratieförderung und verspricht wichtige Erkenntnisse für die politische Praxis in einem zunehmend bedeutenden Feld der Außen- und Entwicklungspolitik.

Das Vorhaben wird seit Oktober 2008 unter dem Titel „Bestimmungsfaktoren des Umgangs demokratischer Staaten mit den Zielkonflikten der Demokratieförderung“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützt. Es wird in Kooperation mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main (Prof. Dr. Hans-Jürgen Puhle) durchgeführt. Projektgruppe: Hans-Joachim Spanger, Hans-Jürgen Puhle, Cemal Karakas, Jonas Wolff, Iris Wurm.

2. Stand der Forschung, eigene Vorarbeiten

2.1 Stand der Forschung

Mit der dritten Welle der Demokratisierung und dem Ende des Kalten Krieges ist die globale Ausbreitung demokratischer Ordnungen zum zentralen Ziel und zu einer Schlüsselstrategie in der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik der etablierten Demokratien geworden. Dies geschieht keineswegs allein aus dem normativen Grund, Außenbeziehungen von den eigenen demokratischen Werten leiten zu lassen. Nicht nur in den Deklarationen der gegenwärtigen US-Administration (Bush 2006), sondern bereits in Clintons Strategie des *democratic enlargement* (Talbot 1996) und auch über die USA hinaus (Schraeder 2003: 31) scheint die wissenschaftliche Theorie des Demokratischen Friedens zum politischen Programm geworden, dient Demokratieförderung also den eigenen Interessen an Sicherheit und Frieden. Mit der Theorie des Demokratischen Friedens korrespondiert zudem, dass demokratische Ordnungen heute nicht mehr als Ergebnis, sondern als entscheidende Bedingung für wirtschaftliche und soziale Ent-

wicklung gelten (Sen 1999). Entsprechend hat sich die anwachsende Forschung über Demokratieförderung – unter dem Titel der *Democracy Promotion and Protection* (DPP) – in den letzten Jahren wenigstens teilweise von der primär auf die Analyse der internen Entwicklung eines Landes gerichteten Transformationsforschung (z.B. Merkel/Puhle 1999; Diamond/Plattner 2001) emanzipiert und neben ihr etabliert.

In der Praxis ist die scheinbar so „harmonisch“ konzipierte Demokratieförderung allerdings regelmäßig mit Konfliktsituationen konfrontiert, in denen die grundsätzlichen Dilemmata hervortreten, die der liberalen Demokratie als Emanzipationsprojekt und der Demokratisierung als tief greifendem Transformationsprozess mit möglicherweise langen Stagnations- oder „Defektphasen“ (Merkel u.a. 2003, 2006) eigen sind. So hat die empirische Demokratie- und Demokratisierungsforschung darauf hingewiesen, dass Demokratisierungsprozesse konfliktträchtig, mit unklaren Erfolgsaussichten ausgestattet und einer externen Steuerung entzogen sind; auch stellen demokratische Ordnungen selbst „a system of ruled openness, or organized uncertainty“ (Przeworski 1991: 13) dar. Gerade in Ländern mit lediglich rudimentären demokratischen Verfahren sowie solchen, die einen Demokratisierungsprozess durchlaufen, überwiegen in der Regel die Unsicherheit und Konflikthaltigkeit demokratischer Verfahren.¹ Hieraus ergeben sich Dilemmata (vgl. Diamond 1990): Demokratie kann durch ein Übermaß an Konflikt gefährdet werden, das selbst nicht mehr auf demokratischem Wege bearbeitbar ist (Demokratie versus Stabilität); Demokratie kann mit einem Übermaß an widersprüchlichen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert sein, was effektives demokratisches Regieren unmöglich macht (Demokratie versus Regierbarkeit); und die demokratische Ordnung kann Mehrheitsentscheidungen hervorbringen, die zentrale (verfassungsmäßige) Grundlagen der Demokratie gefährden (Demokratie versus Mehrheit).

Diese Dilemmata führen auf der Seite der Demokratieförderer zu Zielkonflikten. In ihnen entscheidet sich, welcher Stellenwert der Demokratieförderung im außen- und entwicklungspolitischen Zielkatalog der etablierten Demokratien tatsächlich zukommt. Die Forschung zur Demokratieförderung weist hier bislang nicht viel mehr auf, als dass die Empirie komplexer ist als es eine dem Demokratischen Frieden entlehnte Maximal- wie eine dem (Neo-)Realismus entnommene Minimalposition annehmen.

2.1.1 Zur Empirie der Demokratieförderung

Während die erste Generation der Transitions- und Demokratisierungsforschung die internationale Dimension noch weitgehend ausgeblendet hatte (Pridham 1991: 1),² wurde der Aufstieg der Demokratieförderung zu einem bedeutenden Ziel und Instrument der Außen- und Entwicklungspolitik etablierter Demokratien seit den 1990er Jahren von einem beständig steigenden wissenschaftlichen Interesse begleitet. Die Forschung konzentrierte sich dabei (a) auf die empirische und konzeptionelle Erfassung dieses Phänomens;³ (b) praxeologisch auf angemessene Strategien und Maßnahmen;⁴ (c) auf die normative Begründung der Demokratieförderung; hier wurde danach gefragt, warum sie sinnvoll und im (aufgeklärten) Eigeninteresse der Geber sei,⁵ und es wurde diskutiert, inwieweit solche externen Interventionen legitim, legal oder gar völkerrechtlich geboten seien.⁶ Von Bedeutung war schließlich (d) die Wirkung der

1 Vgl. exemplarisch Mansfield/Snyder (2005), Mann (2005), Hegre u.a. (2001) und Snyder (2000).

2 Im Rahmen der Konsolidierungsforschung gibt es aber bereits Ausnahmen (vgl. Gunther u.a. 1995).

3 Vgl. Burnell (2000a), Carothers (1999), Ottaway/Carothers (2000), Schraeder (2002), Schmitter/Brouwer (1999), Pinto-Duschinsky (1997), Diamond (1995), Hanisch (1996a), Mair (1997); zu den USA: Carothers (1991, 2000a, b), May (1994), Lauth (1996), Cox (2000) und Hook (2002); zur EU: Crawford (2000), Olsen (2000), K. Smith (2003: 122-144) und Börzel/Risse (2004); zu Deutschland: Betz (1996), Mair (2000), Pinto-Duschinsky (1991) und Rüländ/Werz (2002); zu den UN: Newman/Rich (2004).

4 Vgl. Allison/Beschel (1992), Carothers (1999), Burnell (2000c) und Diamond (2003).

5 Vgl. Ikenberry (2000), T. Smith (2000) und Hanisch (1996b: 21ff).

6 Vgl. Franck (1992), Fox/Roth (2000) und Farer (2004).

Demokratieförderung.⁷ Schraeder identifiziert in diesem Sinne insgesamt fünf Debatten, um die die Forschung zur Demokratieförderung kreise.⁸

Insoweit kann bei der Demokratieförderung im Unterschied zu einigen skeptischen Urteilen (Schraeder 2003: 21; Carothers 2004: 2) von einem chronisch unterforschten Gebiet keine Rede mehr sein (Burnell/Calvert 2005: 433). Burnell und Calvert resümieren allerdings zu Recht, dass „closely informed analysis of what might be called the ‚high politics‘ of international democracy“ und damit der Stellenwert der Demokratieförderung im außenpolitischen Prozess westlicher Regierungen nur wenig Aufmerksamkeit gefunden habe (ebd.: 436). Die Forschung ist sich zwar über deren wachsende Bedeutung seit Ende des Kalten Krieges einig; die außenpolitischen Implikationen dessen bleiben dagegen bislang so ungeklärt wie unerklärt (vgl. Burnell 2000b: 47).

Im Wesentlichen werden drei Erklärungen für die aktuelle Popularität der Demokratieförderung benannt: (a) der instrumentelle Wert der Demokratie bei gleichzeitiger normativer Präferenz für die „eigenen“ Werte,⁹ (b) die weltpolitischen Veränderungen nach dem Kalten Krieg sowie im Zuge der dritten Welle der Demokratisierung¹⁰ und (c) der wissenschaftliche Paradigmenwechsel, konkret die seit den 1980er Jahren akzentuierte Bedeutung von *good governance* und in ihrer Folge der Demokratie im entwicklungspolitischen Diskurs¹¹ sowie die Theorie vom Demokratischen Frieden, mit der die Synthese von Sicherheit und Demokratie möglich wurde.¹² Der Wandel resultierte dabei vor allem aus Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen: Während die Demokratisierungsbewegungen in der Zweiten und Dritten Welt Reaktionen des Nordwestens verlangten, entfiel mit dem Ende des Ost-West-Konflikts der „Primat der Stabilisierung des westlichen Blocks“ (Mair 1997: 9) und mit ihm der „korrumpierende Einfluss des Antikommunismus“ (Donnelly 2000: 213). Systematisch sind es folglich drei Faktorenbündel, deren Wirkung sich grundlegend geändert hat:

- die Risiken der Demokratisierung (die durch den Wegfall der „kommunistischen Gefahr“ markant reduziert sind);
- die Chancen der Demokratisierung (die durch wissenschaftliche Paradigmenwechsel in Friedens-, Demokratisierungs- und Entwicklungstheorie als deutlich höher wahrgenommen werden);
- die Einflussmöglichkeiten der „Geber“ bzw. die Aufnahmekapazitäten auf Seiten der „Empfänger“ (die mit der dritten Welle der Demokratisierung und dem Wegfall der Systemalternative deutlich wuchsen).

Damit konnte auch ein vierter – konstanter – Faktor seine Wirkung entfalten: die „underlying predisposition [...] to favor democratic politics“ (Lowenthal 1991b: 277), die nicht nur den USA, sondern Demokratien im Allgemeinen zugeschrieben wird (Sandschneider 2003: 3). Gleichwohl sind die Zielkonflikte zwischen demokratischer Norm und staatlichem Interesse nicht verschwunden. Vielmehr wurden sie seit Beginn des „Krieges gegen den Terror“ neu akzentuiert. Jenseits der offiziellen Deklarationen habe sich – so der einhellig kritische Konsens der Forschung – in der Praxis daher nur wenig geändert. In keiner der industrialisierten Demokratien des Nordens habe die Demokratieförderung „den Status eines vorrangigen

7 Vgl. Ethier (2003), Scott/Steele (2005), Knack (2004), Marinov (2004), De Zeeum (2005), sowie im Überblick Crawford (2003) und Burnell (2004a, b). Aus Perspektive der Transitionsforschung interessiert dabei die Analyse von Demokratieförderung als externem Faktor in Demokratisierungsprozessen (vgl. Pridham 1991; Gunther u.a. 1995; Whitehead 1996, 2005; Pinkney 2003: 133-154; Schmitz/Sell 1999).

8 Es sind dies die Debatten zu (a) der Rolle externer Faktoren im Demokratisierungsprozess, (b) der normativen Frage, ob Demokratieförderung ein sinnvolles außenpolitisches Ziel darstelle, (c) der Frage nach den angemessenen Mitteln, (d) der Frage nach inneren und äußeren (Vor-)Bedingungen auf Seiten der Empfänger, sowie (e) den Erfahrungen und Erfolgsaussichten (Schraeder 2003: 22-30). Mit dem „Kampf gegen den Terror“ und den Experimenten gewaltsamer Demokratisierung in Afghanistan und Irak hat sich dieser normativ-strategische Fokus weiter verstärkt (vgl. Asmus u.a. 2005; Czempiel 2005; Gause 2005; Windsor 2003; Haass 2005).

9 Vgl. Cohn/Nojeim (1995: 459f), Light (2001: 83-87) und Mair (1997: 9-11).

10 Vgl. Carothers/Ottaway (2000: 5f), Burnell (2000b: 39, 44) und Lauth (1996: 170f).

11 Vgl. Mair (1997: 5), Carothers (1999: 46f) und Burnell (2000b: 40ff).

12 Vgl. Mansfield/Snyder (2005: 1f), Doyle (2000) und T. Smith (2000).

außenpolitischen Interesses“ erreicht, so dass sie im Konflikt mit „anderen außenpolitischen Interessen“ regelmäßig zurückstehen müsse (Schraeder 2003: 33, 41).¹³ Dies gelte ungeachtet der Variationen, die in der grundsätzlichen Orientierung sowie der konkreten Ausgestaltung der Demokratieförderung einzelner „Geber“ gegenüber unterschiedlichen „Nehmern“ auftreten.

So haben einige Forscher unterschiedliche nationale Muster der Demokratieförderung identifiziert und diese unterschiedlich ausgeprägten und ausgerichteten nationalen Interessen und Werten auf Seiten der Geber zugeschrieben.¹⁴ In diesem Sinne registriert ein international vergleichendes Forschungsprojekt (Schraeder 2002, 2003) Unterschiede, die Stellenwert wie Strategie der Demokratieförderung betreffen. Während in den USA Sicherheitsinteressen dominierten, seien dies im Falle Deutschlands und Japans wirtschaftliche und bei den skandinavischen Staaten „humanitäre“ Interessen (Schraeder 2003: 33ff).¹⁵ Soweit die noch in den Anfängen stehende komparative Forschung erkennen lässt, dominieren auf europäischer und zumal deutscher Seite ein evolutionär-modernisierungstheoretisches Verständnis von Demokratisierung¹⁶ sowie kooperative Strategien der Demokratieförderung (Youngs 2004: 31-37).¹⁷ Auf Seiten der USA verbinde sich dagegen in der Demokratieförderung ein „missionarisches“ Demokratisierungsverständnis (Monten 2005) mit dessen sicherheitspolitischer Instrumentalisierung (T. Smith 1994: 4; vgl. Muravchik 1991).¹⁸ Das führe zur Konzentration auf (schnelle) Wahlen und *institutional modeling* (Carothers 2000b: 194f; vgl. Carothers 1999: 85-122) sowie zu einer Neigung zu konfrontativ-offensiven Strategien (Youngs 2004: 31-37) bis hin zur „imposition‘ of democracy“ (Whitehead 1991: 234).

Diese Befunde und Erklärungsversuche summieren sich nicht zu einem konsistenten Bild. Soweit sich die einschlägige Literatur überhaupt mit der Einordnung der Demokratieförderung in die Außen- und Entwicklungspolitik befasst, zeigt sich, was man – in Anlehnung an den „Doppelbefund“ des Demokratischen Friedens (Risse-Kappen 1994) – als spannungsreichen „Doppelbefund der Demokratieförderforschung“ bezeichnen könnte: Demokratieförderung von außen ist zwar ein wichtiges Ziel und Instrument im Dienste außenpolitischer Interessen und im Sinne des demokratischen Selbstverständnisses, gleichzeitig ist sie aber so eindeutig zweitrangiger, „weicher“ Natur, dass sie im Konfliktfall regelmäßig von anderen „harten“ Interessen verdrängt wird. Von der Forschung wird dieser Doppelbefund bislang lediglich zur Kenntnis genommen und ausgiebig beschrieben. Ob und wie aber Demokratien lang- und kurzfristige Kosten, Nutzen und Risiken abwägen, wie sich „demokratische Identitäten“ bzw. „weiche“ Normen und außenpolitische Kalküle bzw. „harte“ Interessen im Entscheidungsprozess artikulieren, verschränken oder verdrängen, und welche Rolle hierbei je nationale, kulturell geprägte Demokratisierungsparadigmen spielen, bleibt weitgehend ungeklärt.

So verträgt sich eine Charakterisierung der US-Demokratisierungspolitik als „national grand strategy“ (Doyle 2000: 21) kaum mit der These, dass diese nur dann Relevanz beanspruchen könne, wenn ihr keine Interessen entgegenstehen. Und wenn Demokratieförderung heute nicht mehr als „purely soft, idealistic interest“, sondern auch als „pragmatic interest that reinforces other interests“ gilt (Carothers 1999: 60), ist

13 Dies konstatieren allgemein Hanisch (1996b: 29, 39), Mair (1997: 5), Light (2001: 83) und Youngs (2004: 184), für die USA Carothers (2000a: 3), Hook (2002: 109), Donnelly (2000: 209), Lowenthal (1991b: 277) und Whitehead (1991: 236) sowie für Deutschland Mair (2000: 132), Betz (1996: 207f) und Rüländ/Werz (2002).

14 Vgl. hierzu Schraeder (2002), Burnell (2002a), Hanisch (1996a) und Youngs (2004: Kap. 2).

15 Wenn es allerdings um die Implementation konkreter Demokratieförderprojekte geht, weist die Forschung auf weitgehende Ähnlichkeit über unterschiedliche Geber wie Nehmer hin (Ottaway/Carothers 2005: 263).

16 So gelte etwa im deutschen „policymaking establishment“ Wirtschaftswachstum als wichtigste Vorbedingung für das Entstehen liberal-demokratischer Regime in der Dritten Welt (Rüländ/Werz 2002: 74).

17 Diese Unterschiede werden nicht nur auf unterschiedliche Interessen – im Falle Deutschlands die Dominanz wirtschaftlicher Interessen (Rüländ/Werz 2002: 73f; Betz 1996: 207f; Mair 1997: 5) –, sondern auch auf verschiedene Formen, Erfahrungen und Verständnisse von Demokratie bzw. Demokratisierung zurückgeführt (Nau 2000: 147f; vgl. zu den USA Carothers 1991: 258 und Ralph 2000: 200, zur EU Börzel/Risse 2004: 28, 30).

18 Kritische Analysen betonen dagegen auch für die USA die Dominanz von Wirtschaftsinteressen (S. Smith 2000: 78; Gills 2000), wobei sich hier, wie schon seit dem 19. Jahrhundert, Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen – im Sinne eines allgemeinen Herrschaftsinteresses – in aller Regel gut ergänzen (vgl. Robinson 1996; Cavell 2002).

es nicht nachvollziehbar, dass Regierungen „strategische Ziele wie das der Demokratie“ stets zu Gunsten unmittelbar wirksamer Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen opfern sollten (McFaul 2005: 158).¹⁹ Darüber hinaus ist unklar, wie sich der Doppelbefund mit der von der Forschung ebenfalls betonten zunehmenden Relevanz von Demokratie und Demokratieförderung als internationaler Norm – genauer: als „collection“ internationaler Normen (Finnemore/Sikkink 1998: 891) – verträgt. Dieser Normenwandel auf internationaler Ebene ist einerseits Resultat des benannten Aufstiegs demokratie-orientierter internationaler Politik, wirkt andererseits aber auch – im regulativen Sinne – verstärkend auf diese zurück und sollte daher ebenfalls einer beliebig interessengeleiteten Abkehr vom normenkonformen Handeln entgegenstehen (McFaul 2005: 160; vgl. Lutz/Sikkink 2000).²⁰ Offenbar entzieht sich die Demokratieförderung als außenpolitisches Ziel und Instrument einfachen theoretischen Erklärungen.

2.1.2 Zur Theorie der Demokratieförderung: der Demokratische Frieden und Theorien der Außenpolitik

Während der Doppelbefund zur Demokratieförderpolitik zumindest bei den rationalistischen Theorien der Außenpolitik Unterstützung findet, widerspricht er prima facie der Theorie des Demokratischen Friedens. Sowohl in ihrer monadischen (Czempiel 1996b: 120f) als auch der dyadischen Variante (Risse-Kappen 1994: 180) folgt aus ihr, dass die etablierten Demokratien nicht nur einen normativen Anspruch, sondern auch ein genuines politisches und wirtschaftliches Interesse an der Ausbreitung der demokratischen Herrschaftsform haben. Der pauschale Argumentationspfad vom demokratischen Regimetyp zu einer Politik der Demokratieförderung bedarf jedoch unter Einbeziehung der Befunde aus der Demokratisierungsforschung der Differenzierung. Dabei zeigt sich, dass den Gründen *für* die externe Förderung von Demokratien jeweils auch Gründe *dagegen* entsprechen. Die Argumente der utilitaristischen, normativ-kulturellen sowie institutionalistischen Erklärungen des Demokratischen Friedens (vgl. Risse-Kappen 1994; Geis 2001; Müller/Wolff 2006) lassen sich auf diese Weise sowohl mit den unterschiedlichen außenpolitiktheoretischen Perspektiven verbinden als auch für die Analyse der Demokratisierungspolitik fruchtbar machen.

(i) Rationalistische Verortung der Demokratieförderung als Instrument

Aus der utilitaristischen Perspektive auf den Demokratischen Frieden geht die Kriegsgefahr von den nicht-demokratischen Staaten aus, da Demokratien die individuelle Sorge der Bürger um ihr Wohlergehen durch ihren Friedenswillen politisch verallgemeinern. Demokratieförderung bietet sich daher als effektive Strategie einer dauerhaften Friedenssicherung an. Da für Rüstung und Krieg erhebliche Kosten anfallen und die Neigung demokratischer Staaten zu politischer Kooperation und ökonomischer Interdependenz im Interesse gemeinsamer Wohlfahrtsmaximierung zusätzlichen Nutzen verspricht (vgl. Mansfield u.a. 2002; Russett/Oneal 2001), lohnt sich die Investition in die Demokratisierung der eigenen Umwelt.

Ein differenzierter Blick auf die Kosten-Nutzen-Kalküle offenbart jedoch auch gegenläufige Schlussfolgerungen, die mit den spezifischen Risiken der Demokratisierung korrespondieren (vgl. Bueno de Mesquita/Downs 2006: 631f). So handelt es sich bei der Demokratieförderung *erstens* um ein Langfristprojekt,

¹⁹ Dies als „semi-realist approach to democracy promotion“ zu bezeichnen (Carothers 1999: 16), löst das theoretische Problem nicht.

²⁰ Diese Probleme gelten nicht minder für kritische Analysen, nach denen sich Demokratieförderung auf die liberal eingehegte Demokratie des Polyarchiekonzepts und dies zudem im neoliberal gewendeten Modell der *market democracy* beschränkt (vgl. Gills u.a. 1993; Chomsky 1997; Robinson 1996; Gills 2000). Polyarchie wird dabei als zentrales Merkmal einer neuen hegemonialen Weltordnung herausgearbeitet, Demokratieförderung zugleich aber auf ein beliebig manipulierbares und höchst selektiv eingesetztes Instrument im Interesse eines von partikularen Interessen getriebenen Herrschaftsprojekts reduziert (vgl. Guillhot 2005: 15-18; Geis/Wolff 2007).

dessen Nutzen sich erst in relativ ferner Zukunft auszahlt, während die Kosten unmittelbar anfallen.²¹ Auch sind *zweitens* die Erfolgsaussichten und damit der Nutzen keineswegs gesichert. *Drittens* birgt der Demokratisierungsprozess etwa in Gestalt politischer Destabilisierung inhärente Risiken, die zusätzliche Kosten produzieren können. Hinzu kommt *viertens*, dass Demokratieförderung sich nur dann lohnt und innenpolitisch legitimierbar ist, wenn der „Geber“ mit angemessenem Aufwand eine spürbare Wirkung erzielt. Die „Netto-Wirkung“ externer Demokratieförderung, so resümieren Schmitter und Brouwer (1999: 11), hat jedoch „in der Regel nur eine marginale Bedeutung für das konkrete *outcome* – und ist entsprechend schwierig zu messen und vorherzusagen“. Damit ist auch die Frage der relativen Machtposition angesprochen (vgl. Monten 2005: 118): Der Versuch extern induzierten Regimewandels ist in einem engeren Sinne rational nur im Falle deutlicher Machtasymmetrien zwischen „Geber“ und „Nehmer“, da nur dann eine spürbare Wirkung bei angemessenem Aufwand angenommen werden kann. Schließlich gilt *fünftens* das Trittbrettfahrerproblem: Die erfolgreiche Demokratisierung nicht-demokratischer Staaten stellt ein globales öffentliches Gut dar, an dem alle Demokratien teilhaben, unabhängig davon, ob sie einen eigenen Beitrag geleistet haben.

Bei den unterschiedlichen Varianten rationalistisch argumentierender Theorien der Außenpolitik findet der Doppelbefund im Sinne der obigen Abwägungen nachhaltig Unterstützung. Sie machen deutlich, dass sich die Bereitschaft zu einem demokratisierungspolitischen Engagement auch in Konfliktsituationen ausschließlich nach der (variablen) Virulenz „harter“ sicherheitspolitischer oder ökonomischer Interessen richtet.

So vermag etwa eine (neo-)realistische Außenpolitiktheorie, die sich gegenüber der Bedeutung von Wahrnehmungen und Ideen öffnet (Harnisch 2003: 323; vgl. Rose 1998: 157f), die utilitaristischen Argumente des Demokratischen Friedens aufzunehmen: Demokratieförderung findet insoweit Eingang in den außenpolitischen Zielkatalog einer Demokratie, als ihr ein sicherheitspolitischer Nutzen zugeschrieben wird. Aufgrund der langfristigen Wirkung und des instrumentellen Charakters stellt sie allerdings ein „weiches“ Ziel dar, das im Konflikt mit „harten“, unmittelbar wirksamen sicherheitspolitischen Zielen stets in den Hintergrund tritt (Peceny 1999: 3).²² Analoges gilt für den theoretischen Ansatz des ökonomische Liberalismus.²³ Hier dominieren lediglich ökonomische Kosten-Nutzen-Kalküle (Moravcsik 1997: 528ff). Wirtschaftsinteressen können dabei entweder die Ausrichtung des Staates auf die Maximierung nationaler Wohlfahrt zum Ausdruck bringen oder als Ergebnis interner Verteilungskämpfe und der Durchsetzung partikularer Interessen in der Gesellschaft verstanden werden.²⁴

Aus der Perspektive eines republikanischen Liberalismus ist die Politik demokratischer Staaten dagegen Ergebnis des pluralistischen Zusammenspiels kollektiver Träger von Interessen und Werten in Zivilgesellschaft und Staat (vgl. Müller/Risse-Kappen 1993: 32-38). Die jeweils artikulierten Präferenzen bleiben dabei theoretisch unbestimmt (Moravcsik 1997: 530ff). Demokratieförderung ist ein Ziel unter mehreren, dessen Bedeutung davon abhängt, inwiefern organisierte gesellschaftliche Fürsprecher (Interessengruppen, NGOs, staatliche Agenturen) mit (mehr oder minder privilegiertem) Zugang zu politischen Entscheidungen und/oder Resonanz in der Bevölkerung Einfluss geltend machen können. Hier ist es die variierende Stärke dieser Akteure, die über Bedeutung und Gestalt der Demokratieförderung entscheidet.

21 In einem rationalistischen Modell geht es aber der demokratischen Regierung ausschließlich darum, wiedergewählt zu werden (vgl. Ray 2003; Bueno de Mesquita u.a. 1999), und der utilitaristische Bürger wägt in seiner Wahlentscheidung primär die aktuell spürbaren Kosten und Nutzen ab.

22 Ob eine so modifizierte Theorie noch als (Neo-)Realismus gelten sollte, ist für das Projekt nicht relevant.

23 Die Kategorien des ökonomischen und des republikanischen Liberalismus (s.u.) entsprechen weitgehend der Unterscheidung zwischen *commercial* und *republican liberalism* von Moravcsik (1997). Seine dritte Variante liberaler Theorie – der *ideational liberalism* – wird hier unter dem akteurszentrierten Konstruktivismus subsumiert, da die Betonung einer „configuration of domestic social identities and values as a basic determinant of state preferences“ (ebd.: 525) über eine rationalistische Perspektive hinausweist.

24 Traditionelle marxistische Ansätze – wie allgemein die Internationale Politische Ökonomie (vgl. Frieden/Martin 2002) – entsprechen in ihrer Konzeption von Außenpolitik einem solchen ökonomischen Liberalismus (Moravcsik 1997: 522, FN 23).

(ii) *Reflexive Verortung der Demokratieförderung als konstitutive und regulative Norm*²⁵

Der normative Ansatz des Demokratischen Friedens betont, dass in Demokratien eine „demokratische Norm begrenzter Konkurrenz“ (Dixon/Senese 2002: 548) herrsche, die auf Verhandlung und Kompromiss setze und von demokratischen Staaten externalisiert werde. Je demokratischer der Partner, umso besser können Demokratien ihre demokratische „Natur“ ausleben und durch Kooperation und Vertrauen charakterisierte Beziehungen aufbauen (Risse-Kappen 1995: 501ff; vgl. Doyle 1983: 230). Hinzu kommt, dass mit der Demokratieförderung die als universal wahrgenommenen Werte (im Regelfall) in einer dem eigenen friedlichen Charakter entsprechenden Form verbreitet werden (Czempiel 2000). Ihre weltweite Förderung ist folglich in der demokratischen Kultur als moralisch gebotene „Mission“ angelegt. Das begründet auf Seiten demokratischer Staaten und Gesellschaften zugleich eine normative Affinität zu demokratischen (Oppositions-)Kräften in anderen Ländern, was deren Unterstützung nahe legt.

Dem lassen sich gleichfalls dem liberal-demokratischen Normenkatalog entnommene Argumentationen entgegenstellen, die daraus folgen, dass Demokratieförderung *per definitionem* eine Intervention in das Herrschaftssystem anderer Staaten darstellt, auch wenn sie auf den Einsatz von Gewaltmitteln verzichtet. Dies kollidiert *erstens* mit der Norm der Selbstbestimmung und stellt damit ein demokratisches Grundprinzip in Frage. Insofern kann ein aktives Engagement externer Akteure – das nie neutral ist – als Verstoß gegen liberal-demokratische Normen gewertet werden, die mit Blick auf das Recht auf eine eigenständige politische Entwicklung Zurückhaltung nahe legen (Rawls 1999: 62).²⁶ *Zweitens* existieren Spannungen zwischen der Neigung zu internationaler Kooperation, wie sie Demokratien unterstellt wird, und der Demokratieförderung. In einer Welt, die nicht ausschließlich aus Demokratien besteht, verlangt eine auf Friedenssicherung zielende Außenpolitik nach einem partnerschaftlichen Umgang auch mit den nicht oder unzureichend demokratisch legitimierten Repräsentanten anderer Staaten (Czempiel 1996a: 97f). Eine Strategie, die zugleich den Partner zu entmachten trachtet, oppositionelle Demokratiebewegungen unterstützt und Kooperation an politische Konditionen bindet, erzeugt hingegen wechselseitiges Misstrauen und Konflikte.

Dass solche Normenkonflikte entstehen und zu Zielkonflikten im Verhalten von Demokratien führen können, findet in den reflexiv konzipierten Theorien der Außenpolitik insofern keinen unmittelbaren Niederschlag, als diese homogene Typologien konstruieren. So sind etwa aus der Perspektive eines akteurszentrierten Konstruktivismus nationalstaatliche Prozesse der Herausbildung von Präferenzen, der Übersetzung von Präferenzen in außenpolitisches Handeln sowie der Wahrnehmung von Zielkonflikten stets eingebettet in soziokulturelle Kontexte. Diese lassen sich als unterschiedliche außenpolitische Rollen, Identitäten bzw. allgemein Kulturen fassen (vgl. Harnisch 2003: 331ff; Holsti 1970; Kirste/Maull 1996). Die normativ-kulturelle These zum Demokratischen Frieden, dass Demokratien ihre Normen und Werte im Außenverhalten externalisieren, betrifft dann nicht nur die Präferenz für gewaltlose Konfliktbearbeitung, sondern etwa auch die Neigung zur Verbreitung der demokratischen Herrschaftsform. Schutz und Verbreitung von Demokratie lassen sich so als konstitutive Norm zuspitzen: Sie sind (in je kulturell spezifischer Weise) genuiner Bestandteil der Identität demokratischer Staaten. Diese prägt dabei auch das Verständnis von Demokratie sowie die Konzeption von Demokratieförderung, woraus sich Unterschiede zwischen einzelnen Gebern ergeben. Wie demokratische Außenpolitik mit den grundsätzlich ambivalenten Implikationen des liberal-demokratischen Normenkatalogs für bzw. gegen eine Politik der Demokra-

25 Keohanes Sammelbezeichnung „reflexive Ansätze“ wird hier gewählt, da es um ein heterogenes Spektrum soziologisch, post-positivistisch bzw. konstruktivistisch informierter außenpolitiktheoretischer Perspektiven geht, deren Gemeinsamkeit darin besteht, dass sie an die Stelle des eng rationalen Akteurs den sozialen, von Ideen und Identitäten und Normen geprägten Akteur setzen (Keohane 1989; vgl. Harnisch 2003: 329ff). Hier interessiert lediglich die Form, in der reflexive Perspektiven für die Außenpolitiktheorie fruchtbar gemacht werden, nicht die epistemologische Auseinandersetzung zwischen Rationalisten und Konstruktivisten (Guzzini 2000).

26 Damit korrespondiert die US-Tradition des „Exemplarismus“, nach der die Gestaltung der Welt nach dem eigenen Bilde nur durch die Kraft des guten (und zu perfektionierenden) Vorbilds zu erreichen sei, und eine „aktivistische Außenpolitik“ lediglich das eigene Modell „korrumpieren“ und so das Vorbild unterminieren würde (Monten 2005: 113; vgl. Brands 1998).

tieförderung umgeht, ist also von der länderspezifischen Einordnung dieser Normen in die politische Kultur, Identität bzw. Rolle abhängig.

Während Annahmen des akteurszentrierten Konstruktivismus den internen soziokulturellen Kontext herausstellen, in dem Außenpolitik entsteht, betont ein konstruktivistischer Institutionalismus die Bedeutung von „international cultural environments“ für das außenpolitische Handeln (Jepperson u.a. 1996: 34).²⁷ Diese internationale Umwelt besteht neben formalen Institutionen und Regimen auch aus einer „world political culture [which] includes elements like rules of sovereignty and international law, norms for the proper enactment of sovereign statehood, standardized social and political technologies [...], and a transnational political discourse [...]“ (ebd.). Insofern die Verpflichtung auf demokratische Ordnungen zu einer Norm der internationalen Gemeinschaft (demokratischer) Staaten geworden ist, gilt im Sinne einer übergeordneten „Logik der Angemessenheit“ (March/Olsen 1998) die Erwartung, dass Demokratien ihre nationalen Interessen innerhalb der Grenzen eines demokratischen Normen „angemessenen“ Verhaltens wahrnehmen (vgl. Boekle u.a. 2001: 120). Allerdings entfalten solche grundlegenden Normen keine handlungsdeterminierende Wirkung, sondern geben lediglich einen normativen Rahmen vor (Finnemore 1996: 158; Price/Tannenwald 1996: 145). Das Verhalten der Geber folgt den materiellen Präferenzen (im Sinne der rationalistischen Theorien), was in den Grenzen der regulativen Norm Unterschiede begründen kann.

Demokratieförderung wirkt aus dieser Sicht also als regulative Norm. Sobald sich die Mitglieder einer Staatengemeinschaft auf demokratische Normen verpflichten, entfällt innerhalb der Staatengruppe auch die Ambivalenz liberal-demokratischer Normen für die externe Förderung der Demokratie. Daraus folgt, dass mit wachsender internationaler Institutionalisierung demokratischer Normen die Ausrichtung der einzelnen Staaten auf Demokratieförderung zunehmend klar und konsistent werden sollte. Und da die Demokratie in unterschiedlichen Regionen und internationalen Organisationen unterschiedlich normiert und institutionalisiert ist (vgl. Herman/Piccone 2003: 229-239), ist je nach normativem Umfeld Varianz zu erwarten.

(iii) Institutionalistische Verortung der Demokratieförderung als bürokratische Interaktion

Während in der ersten Generation institutionalistischer Ansätze des Demokratischen Friedens die Schwerfälligkeit und Komplexität demokratischer Institutionen mit ihren *checks and balances* die begrenzte Fähigkeit von Demokratien zu (übereilten) Kriegsentscheidungen hervorbringen (Maoz/Russett 1993), begründen in den neueren Theorien Informationen, Signale und *audience costs* (vgl. im Überblick Müller/Wolff 2006: 49-58) ihre begrenzte Kriegsneigung. Gleiches gilt insofern analog für die Demokratieförderung, als sich die demokratischen Regierungen über die neue demokratisierungspolitische Rhetorik gegenüber ihrem innenpolitischen „Publikum“ verpflichtet haben und die Institutionen und Agenturen der Demokratieförderung, einmal eingerichtet, Eigenleben und Eigendynamik entfalten. Eine solche institutionalistische Verankerung der Demokratieförderung setzt allerdings entsprechende vorgelagerte Präferenzen voraus.

Interessant ist hier vor allem die Betonung institutioneller Komplexität. Bei Entscheidungen über Krieg und Frieden ist plausibel, dass komplexe Entscheidungsprozesse letztlich in *einer* Staatspolitik münden. Im Feld der Demokratieförderung ist dagegen zweifelhaft, ob Demokratien unter den Bedingungen von politischem Pluralismus und institutioneller Komplexität überhaupt zur kohärenten Konzeption und Implementierung *einer* Politik der Demokratieförderung in der Lage sind. Befunde aus der Forschung über *bureaucratic politics* (Krell 2000: 170ff) verdichten solche Zweifel. Dienten diese Studien der Analyse von Entscheidungen in außenpolitischen Krisen (Allison/Zelikow 1999), bieten sie für die Demokratieförderung eine interessante Alternativperspektive: Gerade bei langfristig angelegten Vorhaben wie der

²⁷ Entsprechend unterscheiden Boekle, Rittberger und Wagner (2001) zwischen „sozialem“ und „transnationalem“ Konstruktivismus. Unsere Begrifflichkeit knüpft an Harnisch (2003) an, der akteurszentrierte sozialkonstruktivistische Ansätze und einen sozialkonstruktivistischen Institutionalismus unterscheidet.

Demokratieförderung sind zahlreiche staatliche, quasi-staatliche und nicht-staatliche Akteure und Institutionen in Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Implementierung aktiv, die partiell arbeitsteilig, partiell konkurrierend agieren (und möglicherweise auch mit unterschiedlichen Akteuren auf „Nehmerseite“ interagieren), so dass die jeweiligen Handlungsroutrinen und Partikularstrategien Bedeutung erlangen. Wenn man die Argumente der *bureaucratic politics* und die auf institutionelle Komplexität abstellenden Erklärungen des Demokratischen Friedens auf das Thema der Demokratieförderung überträgt, ist die Annahme plausibel, dass jeder Staat über seine unterschiedlichen Agenturen und Akteure auch gegenüber demselben Empfänger *mehrere* Demokratieförderpolitiken betreibt.

2.2 Eigene Vorarbeiten

Von den Mitgliedern der Projektgruppe liegen – aus einer ganzen Reihe international vernetzter Forschungsprojekte und -verbände – umfangreiche Arbeiten zu Empirie und Theorie der Demokratisierung, zu deren Problemen, Erfolgsbedingungen und Akteuren sowie zu den Entwicklungstendenzen konsolidierter und „defekter“ Demokratien vor.²⁸ Außerdem wurden Vorarbeiten zur Politik der Demokratieförderung, zur Theorie des Demokratischen Friedens und der theoretisch-konzeptionellen Verortung der Demokratisierungspolitik geleistet.²⁹ Erste Vorarbeiten existieren auch zu den Reaktionen der Demokratieförderer auf die Konfliktsituation.³⁰ Darüber hinaus hat sich die Projektgruppe kontinuierlich mit der Politik und Gesellschaft in Russland und der westlichen Politik gegenüber Russland beschäftigt sowie in diesem Kontext auch erste Vorarbeiten zur westlichen Demokratisierungspolitik dort geleistet.³¹ Gleiches gilt für Bolivien und Ecuador bzw. allgemein die Konfliktsituationen in Lateinamerika.³² Zum Umgang mit den Konfliktsituationen in der Türkei liegen ebenfalls erste Arbeiten vor.³³

Die Projektidee und Überlegungen zu ihrer Umsetzung wurden im März 2005 auf der Jahrestagung der *International Studies Association* (ISA) in Honolulu vorgestellt (Spanger/Wolff 2005) und im Lichte der Diskussionen ergänzt.

3. Ziele und Arbeitsprogramm

3.1 Ziele

Das Projekt fragt nach den Bestimmungsfaktoren für die Politik und Praxis der Demokratieförderung demokratischer Staaten. Es zielt darauf, Varianzen in der Ausrichtung, Intensität und Kohärenz der Demokratieförderung zu identifizieren und zu erklären. Dazu untersucht das Projekt die Reaktionen auf Konfliktsituationen in Nehmerländern, die zu Zielkonflikten auf der Seite der Geber und zu Anpassungen in deren Demokratisierungspolitik führen. Die Untersuchung stützt sich auf zwölf Einzelfallstudien sowie einen systematischen Vergleich von zwölf Staatenpaaren (je zwei Geber und sechs Nehmer).

Ausgehend von dem Paradoxon, dass allein Demokratien Demokratieförderung betreiben, deren kohärenter Umsetzung aber demokratiespezifische Schwierigkeiten entgegenstehen, leistet das Projekt damit einen wichtigen Beitrag zu einer theoriegeleiteten Analyse der Demokratisierungspolitik sowie zu einer Theorie demokratischer Außenpolitik. Ein zusätzlicher Ertrag des Projekts besteht darin, das empirische Wissen über Konzeption und Umsetzung der Demokratieförderung zweier zentraler Geber (USA,

28 Puhle (2007, 2003, 2001, 1999, 1997, 1994); Merkel/Puhle (1999); Merkel u.a. (2006, 2003); Gunther u.a. (2007, 1995).

29 Spanger/Wolff (2003: Kap. 2, 2005, 2007a, b); Müller/Wolff (2006); Geis/Wolff (2007).

30 Spanger (2005, 2006); Wolff (2006b); Spanger/Wolff (2005: Kap. 4).

31 Spanger (2001, 2002a/b, 2003, 2004); Spanger/Schulze (2000).

32 Wolff (2007, 2006a, 2005, 2004a, b; 2003, 2002).

33 Karakas (2006, 2005a, b).

Deutschland) komparativ zu vertiefen. Die Analyse unterschiedlicher Umgangsformen mit den Dilemmata der Demokratieförderung verspricht zudem wichtige Erkenntnisse für die politische Praxis in einem bedeutenden Feld der Außen- und Entwicklungspolitik.

3.2 Arbeitsprogramm

Aus der Forschung lassen sich sechs unabhängige Variablen gewinnen: relative Machtposition, Sicherheitsinteressen, Wirtschaftsinteressen, innergesellschaftliche Partikularinteressen, politische Kultur, internationale Norm und institutioneller Pluralismus (3.2.2). Deren Bedeutung für die in Ausrichtung, Intensität und Kohärenz differenzierte „Orientierung auf Demokratieförderung“ (abhängige Variable) (3.2.1) lässt sich allerdings im Alltag demokratischer Außen- und Entwicklungspolitik nicht bestimmen, da zumindest deklaratorisch demokratische Ziele jede Politik anleiten und die Förderung demokratischer Ordnungen zugleich allen gängigen „nationalen Interessen“ dient. Dem begegnet das Projekt durch eine Zuspitzung des Untersuchungsgegenstandes: Analysiert wird, wie Demokratieförderer mit Konfliktsituationen in Nehmerländern umgehen. Dabei interessieren solche Konfliktsituationen, in denen die benannten grundsätzlichen Dilemmata hervortreten. Aktuell sind drei repräsentative Konfliktsituationen einschlägig:

- (1) „Von unten“ an die Macht drängende islamistische Bewegungen;
- (2) „Von unten“ an die Macht drängende kapitalismuskritische Bewegungen;
- (3) „Von oben“ auf autoritäre Formierung zielende politische Eliten.

In allen drei Situationen gerät auf Seiten der Geber die Orientierung auf Demokratieförderung in Konflikt mit sicherheitspolitischen, ökonomischen und normativen Präferenzen. Dabei lassen sich *intrinsische* und *extrinsische Zielkonflikte* unterscheiden. Im ersten Fall geraten auf Grund der Dilemmata der Demokratisierung (Demokratie versus Stabilität; Demokratie versus Regierbarkeit; Demokratie versus Mehrheit) unterschiedliche Dimensionen der Demokratieförderung miteinander in Konflikt. Im zweiten Fall kollidiert das Ziel der Demokratieförderung mit anderen Geberpräferenzen (Sicherheit, Wohlfahrt). In diesen Konfliktsituationen bricht die „Standardsynthese“ (Peceny 1999: 3) der Demokratieförderung – *all good things go together* – auf. Unterschiedliche Ziele und Instrumente müssen gegeneinander abgewogen, Prioritäten gesetzt werden.

Hieraus ergibt sich für das Forschungsdesign ein Fokus auf Staatenpaare als Untersuchungseinheiten: Im Zentrum steht der Umgang eines Gebers mit Zielkonflikten in einem bestimmten Nehmerkontext. Dabei verbindet das Projekt Einzelfallstudie und Fallvergleich. Die Auswahl von zwei Gebern (USA/Deutschland) und sechs Nehmern (zur Fallauswahl siehe 3.2.3) ergibt zwölf Staatenpaare, die sowohl über ein auf den Einzelfall gerichtetes *process-tracing* als auch komparativ analysiert werden.

3.2.1 Die Orientierung auf Demokratieförderung (abhängige Variable)

Nach einer gängigen Definition umfasst Demokratieförderung „all overt and voluntary activities adopted, supported and (directly or indirectly) implemented by (public or private) foreign actors explicitly designed to contribute to the political liberalization of autocratic regimes, democratization of autocratic regimes, or consolidation of democracy in specific recipient countries“ (Schmitter/Brouwer 1999: 9). Die „Orientierung auf Demokratieförderung“ umfasst in diesem Sinne die „positive“ Demokratiehilfe sowie solche politischen Maßnahmen, die direkt auf den Schutz und/oder die Förderung von Demokratie zielende Anreize und Sanktionen setzen („negative“ Demokratiehilfe). Um einen Maßstab zur Bestimmung dieser Orientierung zu gewinnen, sind zu untersuchen:

- die Gestaltung der politischen Beziehungen durch den Geber (unter Einschluss der „negativen“ Demokratieförderung in Gestalt von Konditionalitäten und Sanktionen);
- die Förderung nach sowie die Förderung und Beobachtung von demokratischen (freien, fairen und gleichen) Wahlen;
- die Unterstützung von politischen Parteien, Organisationen der Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien (als „positive“ Demokratieförderung, die umso mehr der demokratischen Opposition dient, je autoritärer die betreffende Regierung ist);
- die Regierungsberatung, wobei es im Sinne der obigen Dilemmata um die drei Dimensionen Stabilität, Regierbarkeit und Partizipation geht (als „positive“ Demokratieförderung in Kooperation mit der herrschenden Elite).

Zunächst stellt sich für jede der vier Dimensionen die Frage, inwieweit die Politik auf das Ziel der Demokratieförderung *ausgerichtet* ist. Zudem kann dieses Ziel jeweils mit mehr oder minder hoher *Intensität* verfolgt werden. Schließlich ergibt sich aus der jeweiligen Ausrichtung und Intensität in der Summe ein mehr oder minder *kohärentes* Gesamtbild. Zur Operationalisierung der genannten Politikfelder ist zu fragen, (a) ob, wann und wie in der Gestaltung der politischen Beziehungen demokratiebezogene Forderungen erhoben werden, (b) ob, wann und wie politische Kooperationsangebote mit demokratischen Konditionen versehen werden, (c) ob und wann Sanktionen verhängt werden und ob diese symbolischen Charakter haben oder Kosten verursachen, (d) wie Wahlen sowie Verletzungen demokratischer Standards politisch beurteilt und debattiert werden, (e) wie und in welchem Umfang welche politischen Kräfte (Regierungsparteien, Opposition) unterstützt werden, (f) ob und in welchen Bereichen (Exekutive, Legislative, Judikative) Regierungsberatung durchgeführt wird.

Antworten auf diese Fragen lassen sich nicht auf simple Evidenzen pro oder contra Demokratieförderung zuspitzen. Während sich die *Intensität* der Orientierung über die für „positive“ Demokratieförderung eingesetzten Ressourcen (relativ zu anderen Feldern) sowie über die für „negative“ Maßnahmen anfallenden Kosten operationalisieren lässt, und sich *Kohärenz* an einer über die vier Dimensionen homogenen Ausrichtung auf Demokratieförderung zeigt, ist die *Ausrichtung* zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum zu operationalisieren. Vielmehr bedeutet die Vielfalt und Komplexität möglicher Ausprägungen und Reaktionen, dass in einer ersten Phase der Einzelfallstudien (siehe 3.2.4) für jedes Staatenpaar eine detaillierte empirische Erhebung zu den genannten Politikfeldern notwendig ist. Erst auf dieser Basis lassen sich unterschiedliche Formen der Ausrichtung sowie Konstellationen aus Ausrichtung, Intensität und Kohärenz und damit eine Typologie der abhängigen Variable „Orientierung auf Demokratieförderung“ bilden.

3.2.2 Bestimmungsfaktoren der Demokratisierungspolitik (unabhängige Variablen) und Hypothesen

Die in der Forschung identifizierten sechs Bestimmungsfaktoren – relative Machtposition, Sicherheitsinteressen, Wirtschaftsinteressen, innergesellschaftliche Partikularinteressen, politische Kultur, internationale Norm und institutioneller Pluralismus – bilden im Projekt die erklärenden Variablen und die Grundlage zur Formulierung von Hypothesen.

(i) Relative Machtposition

Die utilitaristische Erklärung des Demokratischen Friedens begreift die relative Machtposition als wichtigen Faktor für den Umgang mit Zielkonflikten der Demokratieförderung. Demnach fördert ein großes Machtgefälle zu Gunsten des Gebers die Bereitschaft, die Risiken der Demokratisierung einzugehen, da sie durch die Fähigkeit des Gebers zur Machtprojektion kontrolliert werden können. Ein relativ ausgeglichenes Machtverhältnis oder gar eine Asymmetrie zu Gunsten des Nehmers fördern umgekehrt Zurückhaltung auf Seiten des Gebers. Anders als in einer neorealistischen Außenpolitiktheorie, die ebenfalls die relative Machtposition betont, dabei aber aus der Position eines Staates im internationalen System allge-

meine Aussagen über dessen Außenpolitik ableitet (Baumann u.a. 2001: 65), sind hier in der Reaktion auf die Konfliktsituationen Varianzen pro Staatenpaar zu erwarten, in denen sich die bilaterale Machtverteilung im Geber-Nehmer-Verhältnis niederschlägt.

Hypothese 1: Je größer die relative Machtposition des Gebers im Verhältnis zum Nehmer, umso intensiver wird in Konfliktsituationen die Ausrichtung des Gebers auf Demokratieförderung ausfallen.

Einen Maßstab für die Ermittlung der relativen Machtposition bilden die Verteilung materieller *capabilities* wirtschaftlicher und militärischer Art sowie die finanzielle Abhängigkeit des Nehmerlandes. Als Indikatoren werden die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Erfassung der Wirtschaftskraft, der „Material Capabilities Index“ des „Correlates of War“ Projekts für die militärischen Potenziale sowie die Daten zur öffentlichen Auslandsverschuldung für die Abhängigkeit des Nehmerlandes herangezogen.

(ii) Sicherheitsinteressen

Aus modifiziert neorealistic Perspektive können Sicherheitsinteressen Demokratieförderung als langfristiges, damit aber zugleich „weiches“, gegenüber unmittelbar wirksamen sicherheitspolitischen Herausforderungen sekundäres Ziel begründen. Demnach werden Unterschiede in der Anpassung der Demokratisierungspolitik in Konfliktsituationen davon bestimmt, inwieweit extrinsische Zielkonflikte Sicherheitsinteressen des Gebers berühren, was sowohl von der sicherheitspolitischen Relevanz des Nehmers für den Geber als auch von der Art (und Wahrnehmung) der Konfliktsituation abhängt.

Hypothese 2: Je stärker in einer Konfliktsituation die Sicherheitsinteressen des Gebers bedroht sind, desto schwächer ist dessen Ausrichtung auf Demokratieförderung.

Als Indikator für Sicherheitsinteressen – die wiederum für das einzelne Staatenpaar bestimmt werden – dienen die bi- und multilateral vereinbarten Militär- und Sicherheitskooperationen. Dies umfasst zum einen die gemeinsame Mitgliedschaft in sicherheitspolitisch bedeutsamen internationalen Organisationen (UN-Sicherheitsrat, NATO oder NATO-Russland-Rat), zum anderen bilaterale Militärhilfe-, Kooperations- und Rüstungskontrollabkommen sowie gemeinsame Anti-Terror- und Anti-Drogen-Maßnahmen.

(iii) Wirtschaftsinteressen

Gemäß dem Paradigma des ökonomischen Liberalismus versprechen demokratische Ordnungen Berechenbarkeit und stabile, rechtsstaatlich abgesicherte Rahmenbedingungen für ökonomische Aktivitäten, konkret politische Stabilität, gute Regierungsführung und eine markt- und kooperationsorientierte Politik. Insofern Demokratieförderung in diesem Sinne Wirtschaftsinteressen dient, gelten die Präferenzen im Konfliktfall letzteren. Varianzen in der Anpassung der Demokratisierungspolitik werden davon bestimmt, inwieweit extrinsische Zielkonflikte Wirtschaftsinteressen berühren, und sind sowohl von der wirtschaftlichen Relevanz des Nehmers für den Geber als auch von der Art (und Wahrnehmung) der Konfliktsituation abhängig.

Hypothese 3: Je stärker in einer Konfliktsituation die Wirtschaftsinteressen des Gebers bedroht sind, desto schwächer ist dessen Ausrichtung auf Demokratieförderung.

Als Indikatoren dienen Umfang und Dynamik des bilateralen Warenverkehrs, der Umfang der Auslandsinvestitionen im Nehmerland, die Abhängigkeit von Rohstofflieferungen beim Geber sowie Wirtschaftsabkommen. Um die mögliche Relevanz starker Partikularinteressen einzubeziehen, muss ergänzend für jedes Staatenpaar gefragt werden, ob das Nehmerland für einzelne Großunternehmen auf Geberseite eine herausragende Bedeutung hat (etwa über Großinvestitionen im Nehmerland), die aus den aggregierten Daten als „nationales“ Wirtschaftsinteresse nicht in jedem Fall erkennbar ist.

(iv) Partikuläre Interessen

Aus Sicht des republikanischen Liberalismus interessieren innergesellschaftliche Partikularinteressen und hier konkret die Stärke der innenpolitischen Lobby pro Demokratieförderung. Dazu gehören im engeren Sinne die Organisationen der Demokratieförderung (politische Stiftungen, spezialisierte entwicklungs-

litische NGOs) sowie im weiteren *advocacy groups*, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen. Des weiteren geht es um Exil-, Migranten- und/oder Solidaritätsgruppen, die sich bezogen auf einzelne Nehmerländer für Demokratie und Menschenrechte engagieren. Für die politische Meinungsbildung ist ihre Wahrnehmbarkeit von Bedeutung. Varianzen in der Anpassung der Demokratisierungspolitik sind danach auf die mit dem Geber variierende Stärke der „demokratischen *constituency*“ sowie auf die vom jeweiligen Staatenpaar abhängige nehmerspezifische Lobby zurückzuführen. Da diese Gruppen politisch nicht homogen sind und programmatisch in sehr verschiedene Richtungen weisen können, darf dies aber nicht als bloße Addition begriffen werden.

Hypothese 4: *Je stärker die demokratische constituency, die sich in Konfliktsituationen artikuliert, desto stärker ist die Ausrichtung auf Demokratieförderung.*

Da der Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nicht direkt zu ermitteln ist, dienen als Indikatoren für die angenommene politische Relevanz und Resonanz die Stärke (Zahl, Personal, finanzielle Ressourcen) sowie die Lautstärke der einschlägigen Nichtregierungsorganisationen, wobei letztere an ihrer Präsenz in den öffentlichen Medien (Berichterstattung und eigene Beiträge in einem ausgewählten Sample an Zeitungen) gemessen werden soll.

(v) Politische Kultur

Im Ansatz eines akteurszentrierten Konstruktivismus sind Varianzen in der Anpassung der Demokratisierungspolitik in Konfliktsituationen auf unterschiedliche Ausprägungen der politischen Kultur und entsprechend variierende Angemessenheitsregeln zurückzuführen. Im Unterschied zu Rollenkonzepten, die Selbstbild und Fremdwahrnehmungen verbinden (Kirste/Maull 1996: 289), interessiert hier – im Sinne eines Fokus auf „nationale Identitäten“ (vgl. Joerißen/Stahl 2003) – lediglich das *Selbstverständnis* eines Staates, das allerdings internalisierte Außenerwartungen einschließt. Auch zielt die Demokratieförderforschung, soweit sie kulturelle Fragen anspricht, weniger auf eine spezifisch *außenpolitische* Kultur als die politische Kultur in einem breiteren Sinne, die ein gesellschaftliches Selbstverständnis mit einer nationalen Vorstellung der eigenen Rolle in der Welt verbindet (vgl. Duffield 1999). „Politische Kultur“ ist damit die einzige unabhängige Variable, deren Ausprägung unabhängig vom konkreten Staatenpaar allein durch die intrinsischen Merkmale des Gebers bestimmt wird.³⁴

Um die komplexe und insofern schwierig zu operationalisierende Variable „politische Kultur“ für die Analyse handhabbar zu machen, beschränkt sich das Projekt auf den Ausschnitt grundlegender Vorstellungen von Demokratisierung und Demokratieförderung der Geber. Sie werden mit vier Indikatoren erhoben: Die Vorstellung von Demokratisierung wird bestimmt über (a) das *Sequencing* (Entwicklung/Demokratisierung *first*) und (b) den Modus des Demokratisierungsprozesses (*Gradualismus/big bang*), das Verständnis der eigenen Rolle über (c) die Einstellung zu nichtdemokratischen Akteuren (pragmatisch/manichäisch) und (d) den Stil der Demokratieförderung (Hilfe zur Selbsthilfe/*institutional modeling*). Daraus lassen sich zwei für die Analyse nützliche (in der Empirie oft gemischte) Idealtypen bilden: die *Zivilmacht* (modernisierungstheoretisch, evolutionär, pragmatisch und offen gegenüber Partikularismen), die in der Demokratieförderung auf Dialogstrategien setzt;³⁵ sowie der *Freiheitskämpfer*

34 Das heißt nicht, dass der empirische Befund systematischer Unterschiede zwischen den beiden Gebern allein mit dieser Variable zu erklären wäre und diese quasi automatisch bestätigen würde. Denn erstens hat auch die Variable „Partikularinteressen“ eine auf Geberunterschiede abstellende Dimension. Zweitens können systematische Geberdifferenzen darauf zurückzuführen sein, dass Staatenpaar-Charakteristika mit Gebermerkmalen korrelieren (die relative Machtposition im Staatenpaar und die relative Machtposition im internationalen System; die Relevanz sicherheitspolitischer bzw. ökonomischer Interessen im Staatenpaar, Konfliktsituation und ganz allgemein im Geberland). Die Paarvergleiche (3.2.4) überprüfen diese alternativen Möglichkeiten. Und drittens dient das *process-tracing* in den Einzelfallstudien dazu, die Erklärungskraft der Bestimmungsfaktoren zu prüfen, indem nicht nur der erwartete kausale Effekt festgestellt, sondern die Wirkungskette im Detail nachvollzogen wird.

35 Zur an der Universität Trier entwickelten Konzeption der Zivilmacht, an die wir anknüpfen, vgl. Kirste/Maull (1996: 297-308), Tewes (2002: Kap. 1) und Harnisch/Maull (2001).

(voluntaristisch, revolutionär, manichäisch und universalistisch), der demokratische Revolutionsstrategien favorisiert.

Hypothese 5: Je stärker die außenpolitische Identität des Gebers von einem revolutionär-konfrontativen (resp. evolutionär-kooperativen) Demokratisierungs-Paradigma geprägt ist, desto stärker (resp. schwächer) ist im Fall von Zielkonflikten die Ausrichtung auf Demokratieförderung.

Empirische Basis für die Kategorisierung der Geber sind die zentralen Dokumente (offizielle Strategiepapiere und öffentliche Statements) zur Grundlegung der nationalen Demokratieförderstrategie. Aus den genannten vier Indikatoren werden die Kategorien für eine qualitative Inhaltsanalyse der Dokumente entwickelt.

(vi) Internationale Norm

Demokratiebezogene Normen sind zwar in Ansätzen über die Vereinten Nationen und insofern universal verankert, von einer Demokratienorm im engeren Sinne kann allerdings bislang keine Rede sein. Eine solche findet sich aber in Regionalorganisationen und Staatengruppen und dort mit unterschiedlicher Regelungsdichte. Mit „Demokratienorm“ sind jene Bestimmungen gemeint, die Demokratie als gemeinsames Prinzip einer Staatengruppe benennen, die demokratische Herrschaftsform zur Bedingung der Mitgliedschaft erheben oder die Organisation sowie ihre Mitgliedsstaaten auf Schutz und Förderung der Demokratie innerhalb der Staatengruppe verpflichten. Für ein Staatenpaar einschlägig ist die gemeinsame (bzw. im Fall von Beitrittsverhandlungen die prospektive) Zugehörigkeit von Geber und Nehmer zu einer internationalen Organisation. Die Anpassung der Demokratisierungspolitik bestimmt sich hier nach der Verankerung der Demokratienorm in diesen Organisationen.

Hypothese 6: Je stärker der Normenkomplex Demokratie/Demokratieförderung in der für das konkrete Staatenpaar relevanten internationalen Umwelt institutionalisiert ist, desto stärker ist im Fall von Zielkonflikten die Ausrichtung auf Demokratieförderung.

Als Indikatoren dienen der Grad der Ausdifferenzierung und Verbindlichkeit der Demokratienorm sowie die vorgesehenen Verfahren zum Monitoring und zu Sanktionen, wie sie in den Grundsatzdokumenten der für das jeweilige Staatenpaar relevanten internationalen Organisationen (EU, Europarat, NATO, OAS und OSZE) vorgesehen sind.

(vii) Institutioneller Pluralismus

Die Spezifika der Demokratieförderung sowie entsprechende empirische Anhaltspunkte (vgl. Spence 2005; Melia 2005) machen es sinnvoll, im Anschluss an Ansätze der *bureaucratic politics* die Annahme zu überprüfen, dass Staaten mit ihren unterschiedlichen Agenturen und Akteuren auch gegenüber demselben Nehmer *mehrere* Demokratieförderpolitiken betreiben. Die Anzahl und der Grad an Autonomie der in die Demokratieförderung involvierten Akteure wirkt dann direkt auf die Kohärenz der Demokratisierungspolitik. Dieser Bestimmungsfaktor erlaubt daher keine Aussagen zur Ausrichtung auf Demokratieförderung bzw. zur Anpassung in Konfliktsituationen. Er stützt aber die Erwartung, dass mit zunehmendem institutionellen Pluralismus die Herausbildung einer konsistenten „Orientierung auf Demokratieförderung“ *per se* unterminiert wird.

Hypothese 7: Je mehr relativ autonome staatliche Akteure auf Seiten der Geber in der Gestaltung der Beziehungen mit den Nehmern engagiert sind, umso inkohärenter wird die Ausrichtung auf Demokratieförderung und umso unentschiedener werden die Reaktionen auf die Zielkonflikte.

Als Indikator für institutionellen Pluralismus dient die Anzahl relativ autonomer staatlicher Akteure. Als relativ autonom werden dabei zum einen die in der Demokratieförderung engagierten staatlichen Agenturen behandelt, die unterschiedlichen Ministerien angehören bzw. unterstehen, zum anderen quasi-staatliche Organisationen (wie politische Stiftungen) und NGOs, die zwar überwiegend aus öffentlichen Haushalten finanziert werden, aber gegenüber ihren Regierungen über zum Teil beträchtliche Entscheidungs- und Handlungsspielräume verfügen.

3.2.3 Fallauswahl

Die Zuspitzung der Fragestellung ergibt als Mindestanforderung an die Länderauswahl die Analyse von einem Geber in je einem Nehmerland pro Konfliktsituation. Um in gezielten Paarvergleichen Spezifika von Geber, Nehmer und Staatenpaar kontrollieren zu können (3.2.4), ist jedoch die Untersuchung von je zwei Ländern sinnvoll. Damit ergibt sich ein Sample von zwei Gebern und sechs Nehmern (zwei pro Konfliktsituation).

Da das Projekt darauf zielt, Veränderungen der abhängigen Variable über die Zeit nachzuvollziehen und zu erklären (die Anpassung der „Orientierung auf Demokratieförderung“ in Konfliktsituationen), müssen die Geber eine besonders starke Ausprägung der abhängigen Variable, also ein breites und starkes Engagement in der Demokratieförderung, aufweisen. Zugleich sollen keine Ausnahmefälle, sondern typische Demokratieförderer untersucht werden. Gemäß dem Rating zur Demokratieförderung des *Democracy Coalition Project* (Herman/Piccone 2003) sind dies die „gut“ eingestuften Staaten, die sich durch „strong efforts“ auszeichnen.³⁶ Damit ergeben sich die USA und Deutschland als geeignete Kandidaten.³⁷ Die USA bieten sich auf Grund ihrer historisch wie aktuell dominanten Rolle in der Demokratieförderung unmittelbar an. Deutschland stellt den idealen Vergleichsfall dar, um über die zwölf Staatenpaare die notwendigen unterschiedlichen Ausprägungen bei den unabhängigen Variablen zu erreichen: Es weist als Exportnation globale Wirtschaftsinteressen auf, im Unterschied zur Super- und Weltordnungsmacht USA aber nur regional begrenzte Sicherheitsinteressen; der Stand der Forschung deutet darauf hin, dass Deutschland mit Blick auf die politische Kultur als „Zivilmacht“ einen Gegenpol zum „Freiheitskämpfer“ USA bilden dürfte; und aufgrund der unterschiedlichen kontinentalen Zugehörigkeit sind die USA und Deutschland zumindest teilweise in verschiedene normative Umfeldler (OAS, EU) eingebettet.

Für die Auswahl der Nehmer ist das primäre Kriterium, dass sie als typische Repräsentanten der jeweiligen Konfliktsituation gelten können. Die Auswahl geeigneter Kandidaten erfolgt zunächst über die Identifizierung von Regionen, die im Sinne der drei Konfliktsituationen einschlägig sind. Die Fragestellung ergibt darüber hinaus zwei weitere Kriterien. Da das Projekt auf den Umgang mit den inhärenten Risiken der Demokratisierung zielt, interessieren nur solche Länder, in denen elementare Formen demokratischer Teilhabe am politischen Prozess existieren oder existiert haben. Minimalbedingung ist das zumindest temporäre Erreichen von 7 Punkten auf der *Polity IV*-Skala (vgl. Marshall/Jagers 2006). Um das inhärente Konfliktpotenzial der jeweiligen Situation untersuchen zu können, sollen des Weiteren nur Länder betrachtet werden, die den Gebern nicht von vornherein konfrontativ gegenüberstehen.

Für Konfliktsituation (1) untersucht das Projekt die Region des *Greater Middle East*, wo an die Macht drängende islamische Bewegungen die größte Resonanz gefunden haben. Hier haben nur *Pakistan* und die *Türkei* im Untersuchungszeitraum den genannten demokratischen Standard erfüllt. In beiden Fällen waren und sind die externen Demokratieförderer mit starken bzw. erstarkenden islamisch bis islamistisch orientierten Bewegungen konfrontiert, die sie vor den Zielkonflikt stell(t)en, im Interesse des säkularen Staats entweder Einschränkungen demokratischer Standards zu tolerieren bzw. sogar zu unterstützen, oder durch das Beharren auf demokratischen Verfahren eine Machtübernahme durch eine den Demokra-

36 Als „sehr gut“ eingestufte Demokratien (Kanada, Niederlande, Schweden) weisen „exceptional efforts“ auf, können also nicht als typische Vertreter gelten. Als „fair“ kategorisierte Staaten (wie Frankreich oder Japan) weisen mit lediglich „medium/mixed efforts“ nicht das nötige starke und breite Engagement auf. Das Rating bewertet die außen- und entwicklungspolitischen Anstrengungen im Bereich der Förderung und des Schutzes von Demokratie für 40 Staaten im Zeitraum von 1992 bis 2002; es unterscheidet neben den genannten Kategorien „very good“, „good“ und „fair“ noch „poor (no effort/minimum effort)“ (vgl. Herman/Piccone 2003: 221-227).

37 Unter den als „gut“ eingestuften etablierten Demokratien käme außer Deutschland noch Großbritannien in Frage. Die etwa in Gestalt des *Commonwealth* noch heute nachwirkenden speziellen Kolonialbeziehungen sowie die *special relationship* und politische wie kulturelle Nähe mit den USA sprechen aber für Deutschland.

tieförderern sowohl sicherheitspolitisch und ökonomisch als auch normativ widersprechende politische Bewegung zu riskieren.

Für Konfliktsituation (2) ist Lateinamerika die einschlägige Region. *Bolivien* und *Ecuador* bieten sich als Untersuchungsfälle an, da sich die Konfliktsituation hier am deutlichsten manifestiert: Soziale (indigene) Protestbewegungen haben hier ernste politische Krisen ausgelöst und in Wahlen die Regierung erobert. Alternative Fälle könnten Venezuela, Brasilien oder Uruguay sein.³⁸ Sie sind jedoch weniger einschlägig. In Brasilien und Uruguay hatten sich die Bewegungen „von unten“, die in Wahlen 2002 bzw. 2004 die Regierung eroberten, bereits im Vorfeld dieser Erfolge so weitgehend gemäßigt, dass von einer Konfliktsituation im Sinne des Typus (2) kaum die Rede sein kann. Die von Präsident Chávez eingeleitete Transformation Venezuelas ist zwar radikaler, doch verdankt sie sich nicht sozialer Bewegung „von unten“, die als Instrument chavistischer Politik erst „von oben“ geschaffen wurde und zudem – anders als in Bolivien und Ecuador – nie Nutznießer externer Demokratieförderung war.

Für Konfliktsituation (3) werden die GUS und dort *Russland* und *Belarus* untersucht. In beiden Ländern haben sich, wie in den meisten postsowjetischen Staaten der Gemeinschaft, „semi-autoritäre“ (Ottaway 2003) bzw. sich zwischen „defekter Demokratie“ und klarem Autoritarismus bewegende Regime etabliert (Merkel u.a. 2006, 2003). Nur für wenige Staaten gilt allerdings, dass sie zumindest temporär den Demokratiestandard gemäß *Polity IV* erreicht haben. Und nur Russland und Belarus haben im Anschluss an die Transition zur Demokratie einen Prozess der Entdemokratisierung durchlaufen, der sich in Belarus seit 1997 und Russland seit 2004 selbst in den grobschlächtigen Indikatoren von *Freedom House* (2006) in einer Rückstufung des Freiheitsgrades auf den Status „not free“ niedergeschlagen hat.

Der Untersuchungszeitraum ist auf die Zeit seit Mitte der 1990er Jahre begrenzt, als sich in gebührendem Abstand vom Kalten Krieg die Demokratie-Postulate einen unbestritten prominenten Platz im außen- und entwicklungspolitischen Kanon der etablierten Demokratien gesichert hatten. Eine präzise zeitliche Eingrenzung findet fallspezifisch – bestimmt durch das Auftreten der jeweiligen Konfliktsituation – statt.

3.2.4 Analysemethoden

Den Kern des beantragten Projekts bilden qualitative Fallstudien zur Demokratieförderung durch Demokratien, in denen die Perzeption von Zielkonflikten und die Reaktion auf diese in Staatenpaaren untersucht werden. Im Sinne der Fragestellung bietet sich die Methode des *process-tracing* an, die ausgehend von den zu beobachtenden Veränderungen in der „Orientierung auf Demokratieförderung“ den Kausalpfad zu den Bestimmungsfaktoren zurückverfolgt und so ihre (relative) Erklärungskraft überprüft (vgl. George/Bennett 2005: Kap. 10). Da bei einer solchen *within-case analysis* Geber und Nehmer konstant gehalten und zudem kurze Zeiträume von wenigen Jahren im relativ einheitlichen weltpolitischen Kontext der Zeit nach dem Kalten Krieg untersucht werden,³⁹ findet der zu erklärende Wandel der Demokratisierungspolitik bei weitgehend konstanten Hintergrundbedingungen statt (vgl. Van Evera 1997: 23, 51f). Auch der zweite Schritt – der Fallvergleich – nutzt qualitative Methoden.⁴⁰ Als kontrollierte *cross-case*

38 Die Zapatisten in Mexiko blieben ein lokales Phänomen, und die *guerrillas* Kolumbiens zielen nicht auf eine demokratisch-gewaltlose Herausforderung des Systems (und reichen zudem weit in den Kalten Krieg zurück).

39 Das Projekt geht zunächst davon aus, dass der 11. September 2001 keine dem Ende des Ost-West-Konflikts analoge weltpolitische Wasserscheide darstellt. Sollten sich allerdings aus der ersten Phase der Einzelfallstudien Hinweise ergeben, dass die Annahme konstanter Hintergrundbedingungen zu relativieren ist, müsste versucht werden, verzerrende Effekte von 9/11 durch gezielte (Vorher-Nachher-)Vergleiche zu kontrollieren.

40 Quantitative Methoden oder die „Zwitter-Variante“ der *Qualitative Comparative Analysis* (QCA) könnten durchaus eine sinnvolle Ergänzung darstellen. Im Rahmen des Projekts sind sie allerdings nicht geeignet, da sich die Ausprägungen zentraler Variablen (politische Kultur, internationale Norm, aber vor allem die zu erklärende „Orientierung auf Demokratieförderung“) beim gegenwärtigen Stand der Forschung nicht hinreichend klar und einfach kategorisieren bzw. gar quantifizieren lassen. Zudem zielt das Projekt nicht darauf, ausformulierte Theorien (und daraus abgeleitete Hypothesen) im strengen Sinne

comparison werden die Ergebnisse der zwölf Staatenpaare für einen variablenzentrierten Quervergleich zur Überprüfung der Hypothesen verwendet, und es werden über länderzentrierte Paarvergleiche die Reichweite und Robustheit der Ergebnisse aus Einzelfallstudien und Quervergleich überprüft. Diese Kombination aus „within-case analysis“ und „cross-case comparison“ gilt als „the strongest means of drawing inferences from case studies“ (George/Bennett 2005: 18).

(i) *Spezifizierung von abhängiger Variable und Hypothesen*

Der kausalanalytischen Phase von Einzelfallstudie und Fallvergleich ist eine erste Phase vorgeschaltet, die der Typologisierung der abhängigen Variable dient. Dazu wird für jedes Staatenpaar neben der Konfliktanalyse eine detaillierte, an Hand der obigen Fragen (a) bis (f) (vgl. 3.2.1) systematisierte Erhebung der für die Demokratieförderung relevanten Politikfelder durchgeführt. Methodisch folgt diese Phase den unten (ii) beschriebenen empirisch-deskriptiven Schritten der Fallstudien. Ziel ist es, unterschiedliche Formen der Ausrichtung auf Demokratieförderung sowie verschiedene Konstellationen aus Ausrichtung, Intensität und Kohärenz zu identifizieren. In einem ersten, daran anknüpfenden Fallvergleich wird eine empirisch gesättigte Typologie der abhängigen Variable entwickelt. Aus dem Stand der Forschung wurden im Projektantrag zwar Hypothesen über die zu erwartenden Reaktionen entwickelt, diese beschränken sich aber auf allgemeine Tendenzaussagen (Ausrichtung schwächer/stärker). Auf der Basis einer spezifizierten abhängigen Variable lassen sich die Hypothesen zuspitzen. Das Fallwissen kann dabei auch erfordern, dass die Bestimmungsfaktoren und Hypothesen gegebenenfalls differenziert oder ergänzt werden (vgl. Munck 2004: 119; Ragin 2004: 126f).

(ii) *Einzelfallstudien*

Den Ausgangspunkt der Fallstudien bildet die Erhebung der Bestimmungsfaktoren sowie des *status quo ante* der abhängigen Variable. Hierzu werden die Struktur der bilateralen Beziehungen im Allgemeinen sowie die Konstellationen der Transformation und der Demokratisierungspolitik vor Auftreten der Konfliktsituation analysiert. Außerdem wird mit Blick auf den Nehmer die Natur der Konfliktsituation erfasst: ihre Entstehung, Eskalation und mögliche Deeskalation sowie deren regionaler Kontext.⁴¹ Die Untersuchung der Konfliktsituation sowie der Grundlinien der Geberpolitik ermöglicht eine erste Ableitung relevanter Zielkonflikte für den Geber, die als Interpretationsfolie für die Perzeptionsanalyse dient.

Daran schließt sich das *process-tracing* an, mit dem die Anpassung der Geberpolitik in den Konfliktsituationen empirisch nachvollzogen und erklärt wird. Es wird untersucht, ob und wie die Konfliktsituation auf Geberseite wahrgenommen und interpretiert wird, welche Zielkonflikte artikuliert und welche Handlungsoptionen diskutiert werden. Schließlich werden Politik und Praxis der Demokratieförderung in den vier Dimensionen (bilaterale Beziehungen; Wahlen; Zusammenarbeit mit Parteien/ Zivilgesellschaft; Regierungsberatung) auf Veränderungen über Zeit überprüft und analysiert, ob und in welcher Form Wandel oder Kontinuität auf die (wahrgenommenen) Zielkonflikte zurückzuführen sind.

Neben der einschlägigen Sekundärliteratur stützt sich die Analyse auf Primärquellen (Konzept- und Länderpapiere; Programm- und Projektberichte; Parlamentsdebatten; Statements relevanter Repräsentanten; die öffentliche Debatte in den Medien) sowie Interviews mit Repräsentanten der Geberinstitutionen in den Zentralen und vor Ort (Außenministerien/Botschaften; entwicklungspolitische Durchführungsorganisationen und NGOs, inkl. der politischen Stiftungen; Wirtschaftsvertretungen). Die Datenerhebung

gegeneinander zu testen, sondern will Kausalpfade und damit das Zusammenspiel unterschiedlicher Bestimmungsfaktoren nachvollziehen, was ein qualitatives Vorgehen erfordert (vgl. McKeown 2004; George/Bennett 2005).

41 Die Beziehungen von Geber und Nehmer zu Nachbarstaaten, wichtige Ereignisse im Umfeld der Staatenpaare und Erfahrungen der Geber in ähnlichen Nehmerländern können für die hier interessierenden Fragen von Bedeutung sein. Beispiele für solche regionalen Faktoren sind das Phänomen der „farbigen Revolutionen“ in der GUS, die Rolle Venezuelas und die Bedeutung des gescheiterten Putsches gegen Präsident Chávez in Südamerika oder die Kriege in Afghanistan und Irak in der Region des *Greater Middle East*.

zielt dabei vor allem auf die Erfassung von Praxis und Diskurs der Demokratisierungspolitik (und deren Änderung über Zeit). Dazu sind drei Schritte vorgesehen.

Im *ersten Schritt* gilt es, das Ergebnis und den (zeitlichen) Pfad der Politikanpassung zu erfassen. Im *zweiten* wird herausgearbeitet, welche Ereignisse auf Nehmerseite beim Geber öffentliche Diskussionen bzw. Forderungen nach einer Politikanpassung hervorrufen, welche Veränderungen in Politik und Praxis der Demokratieförderung erfolgen und wie einzelne Anpassungen diskutiert bzw. begründet werden. Hier werden die Reaktionen auf Geberseite in ihrer Breite analysiert – die öffentliche Meinungsbildung und, soweit nachvollziehbar, die politische Entscheidungsfindung. Der zeitliche Fokus auf Ereignisse und Wendepunkte, die sich als zentral für die bilateralen Beziehungen erwiesen haben, sorgt für die nötige Eingrenzung.

Im *dritten Schritt* werden die beiden vorhergehenden durch eine an Philipp Mayrings qualitativer Inhaltsanalyse orientierte Auswertung eines Ausschnitts der Materialien vertieft (Mayring 1997). Diese intensive qualitative Analyse konzentriert sich darauf, welche Handlungsoptionen bzw. -entscheidungen die jeweiligen Regierungen mit welchen Begründungen (Problemanalysen und Zielen) versehen.⁴² Werden im zweiten Schritt nationale Debatten und politische Prozesse in ihren Facetten und zeitlichen Veränderungen betrachtet, interessieren im dritten ausschließlich offizielle Stellungnahmen nach Auftreten der Konfliktsituation. Untersucht werden Erklärungen der Regierung gegenüber dem Nehmerland in Parlamentsanhörungen, (Länder-)Strategiepapieren sowie einschlägigen öffentlichen Statements (Reden oder Interviews). Um die systematische Integration von Perzeptionsmustern und Handlungsorientierungen zu ermöglichen, greifen wir auf das methodologische Instrument der *cognitive map* zurück. Im Unterschied zur traditionellen Verwendung von *cognitive maps* in der Politikwissenschaft (Axelrod 1976) geht es dabei nicht um Individuen, sondern darum, das diskursive Verständnis zu erfassen, das den Interpretationsrahmen für die Handlungen und Entscheidungen eines Kollektivs – hier: einer Regierung – abgibt (vgl. Shapiro u.a. 1988: 397f). Dieser Analyseschritt nimmt die öffentlich vorgebrachten Gründe der Regierung *à la lettre*. Erst in Verbindung mit *policy*- und Reaktionsanalyse lässt sich herausarbeiten, welche unabhängigen Variablen bzw. welche Konfigurationen von Bestimmungsfaktoren für welche Veränderungen der „Orientierung auf Demokratieförderung“ kausal sind.

(iii) Fallvergleich

Die Ergebnisse der Fallstudien bilden die empirische Basis für den strukturierten und fokussierten Fallvergleich der Staatenpaare (George/Bennett 2005: Kap. 3). Dabei sorgen der Blick auf die Ausprägung der „Orientierung auf Demokratieförderung“ für die einheitliche Strukturierung, die Bestimmungsfaktoren und Hypothesen für den gemeinsamen Fokus des Vergleichs. Zugleich variieren die potenziellen Bestimmungsfaktoren über die zwölf Staatenpaare so weitgehend, dass über einen *variablenzentrierten Quervergleich* die Relevanz der Faktoren sowie die Erklärungskraft der Hypothesen überprüft werden kann. So finden sich im Sample Staatenpaare, in denen die Machtverhältnisse relativ symmetrisch bzw. extrem asymmetrisch sind, sicherheitspolitische Erwägungen zentral bzw. irrelevant, ökonomische Interessen einschlägig bzw. marginal, die internationale Verankerung der Demokratienorm relativ hoch bzw. niedrig.

Zudem ermöglicht die Fallauswahl eine Reihe *länderzentrierter Paarvergleiche*:

- Der Vergleich der Politik eines Gebers in zwei unterschiedlichen Ländern mit *gleicher* Konfliktsituation stärkt (oder relativiert) die Resultate der Einzelfallstudien, insofern hier Spezifika einzelner Staatenpaare kontrolliert werden (z.B. die NATO-Mitgliedschaft und EU-Anbindung der Türkei, die weltpolitische Relevanz der Nuklear- und Vetomacht Russland oder die Koka-/Drogenproblematik in Bolivien).
- Der Vergleich der Politik eines Gebers in Ländern mit *unterschiedlicher* Konfliktsituation ermöglicht die Kontrolle von Spezifika der konkreten Konfliktsituation bzw. Region (z.B. Besonderheiten im Ver-

42 Die Hauptkategorien der inhaltsanalytischen Kategorienbildung werden aus dem theoretischen Rahmen (den unabhängigen Variablen und deren kausaler Verknüpfung mit der Demokratieförderung) abgeleitet.

hältnis der USA zur islamisch/islamistischen Herausforderung bzw. zum lateinamerikanischen „Hinterhof“).

- Der Vergleich der beiden Geber in gleichen Nehmerländern bzw. Konfliktsituationen ermöglicht die Kontrolle von Spezifika auf Geberseite (z.B. die Rolle der USA als Super- und Weltordnungsmacht). Über die Paarvergleiche werden Reichweite und Robustheit der Ergebnisse aus Einzelfallstudien (Bestimmungsfaktoren) und Quervergleich (Hypothesen) überprüft.

Literatur

- Allison, Graham T. Jr. / Robert P. Beschel, Jr. 1992: Can the United States Promote Democracy?, in: Political Science Quarterly, Jg. 107, Nr. 1, S. 81-98.
- Allison, Graham / Philip Zelikow 1999: Essence of Decision. Explaining the Cuban Missile Crisis (Second Edition), New York u.a.: Longman.
- Asmus, Ronald D. / Larry Diamond / Mark Leonard / Michael McFaul 2005: A Transatlantic Strategy to Promote Democratic Development in the Broader Middle East, in: Washington Quarterly, Jg. 28, Nr. 2, S. 7-21.
- Axelrod, Robert (Hg.) 1976: Structure of Decision. The Cognitive Maps of Political Elites, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Baumann, Rainer / Volker Rittberger / Wolfgang Wagner 2001: Neorealist foreign policy theory, in: Rittberger 2001, S. 37-67.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) 2005: Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Betz, Joachim 1996: Die Demokratieexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: Hanisch 1996a, S. 203-230.
- Boekle, Henning / Volker Rittberger / Wolfgang Wagner 2001: Constructivist foreign policy theory, in: Rittberger 2001, S. 105-137.
- Börzel, Tanja A. / Thomas Risse 2004: One Size Fits All! EU Policies for the Promotion of Human Rights, Democracy and the Rule of Law, Paper prepared for the Workshop on Democracy Promotion, 4.-5. Oktober 2004, Center for Development, Democracy, and the Rule of Law, Stanford University, <http://cddrl.stanford.edu> (Zugriff: 29.8.2005).
- Brands, H. W. 1998: What America Owes the World. The Struggle for the Soul of Foreign Policy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Bueno de Mesquita, Bruce / George W. Downs 2006: Intervention and Democracy, in: International Organization, Jg. 60, Nr. 3, S. 627-649.
- Bueno de Mesquita, Bruce / James D. Morrow / Randolph M. Siverson / Alastair Smith 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: American Political Science Review, Jg. 93, Nr. 4, S. 791-807.
- Burnell, Peter 2004a: Democracy Promotion: The Elusive Quest for Grand Strategies, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4/2004, S. 100-116.
- Burnell, Peter 2004b: The Domestic Political Impact of Foreign Aid: Recalibrating the Research Agenda, in: European Journal of Development Research, Jg. 16, Nr. 2, S. 396-416.
- Burnell, Peter (Hg.) 2000a: Democracy Assistance. International Co-operation for Democratization, London: Frank Cass.
- Burnell, Peter 2000b: Democracy Assistance: Origins and Organizations, in: Burnell 2000a, S. 34-64.
- Burnell, Peter 2000c: Democracy Assistance: The State of the Art, in: Burnell 2000a, S. 339-360.

- Burnell, Peter / Peter Calvert 2005: Promoting Democracy Abroad, in: *Democratization*, Jg. 12, Nr. 4, S. 433-438.
- Bush, George W. 2006: President Discusses Freedom and Democracy in Iraq, The George Washington University, 13. März 2006, in: www.whitehouse.gov.
- Carothers, Thomas 2004: *Critical Mission. Essays on Democracy Promotion*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Carothers, Thomas 2003: Promoting Democracy and Fighting Terror, in: *Foreign Affairs*, Jg. 81, Nr. 1, S. 84-97.
- Carothers, Thomas 2000a: *The Clinton Record on Democracy Promotion*, Carnegie Endowment Working Paper, Nr. 16, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Carothers, Thomas 2000b: Taking Stock of Democracy Assistance, in: Cox u.a. 2000, S. 181-199.
- Carothers, Thomas 1999: *Aiding Democracy Abroad. The Learning Curve*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Carothers, Thomas 1991: *In the Name of Democracy. U.S. Policy Toward Latin America in the Reagan Years*, Berkeley u.a.: University of California Press.
- Carothers, Thomas / Marina Ottaway 2000: The Burgeoning World of Civil Society Aid, in: *Ottaway/Carothers 2000*, S. 3-17.
- Cavell, Colin S. 2002: *Exporting 'Made-in-America' Democracy*, The National Endowment for Democracy & U.S. Foreign Policy, Lanham u.a.: University Press of America.
- Chomsky, Noam 1997: *Democracy in a Neoliberal Order: Doctrines and Reality*, TB Davie Lecture Series, University of Cape Town, 28. Mai 1997, <http://www.uct.ac.za/general/tbdavie/chom-97.htm> (Zugriff: 28.5.2001).
- Cohn, Elizabeth / Michael J. Nojeim 1995: Promoting Democracy, in: David W. Dent (Hg.): *U.S.-Latin American Policymaking. A Reference Handbook*, Westport/London: Greenwood Press, S. 457-480.
- Cox, Michael 2000: Wilsonianism Resurgent? The Clinton Administration and the Promotion of Democracy, in: Cox u.a. 2000, S. 218-239.
- Cox, Michael / G. John Ikenberry / Takashi Inoguchi (Hg.) 2000: *American Democracy Promotion. Impulses, Strategies, and Impacts*, Oxford: Oxford University Press.
- Crawford, Gordon 2003: Promoting Democracy From Without – Learning From Within (Part I), in: *Democratization*, Jg. 10, Nr. 1, S. 77-98.
- Crawford, Gordon 2000: European Union Development Co-operation and the Promotion of Democracy, in: Burnell 2000a, S. 90-127.
- Czempiel, Ernst-Otto 2005: Strategien der Demokratisierung. Intervention und Freiheit im Zeitalter der Interdependenz, in: *Internationale Politik*, Jg. 60, Nr. 5, S. 92-101.
- Czempiel, Ernst-Otto 2000: *Intervention in den Zeiten der Interdependenz*, HSFK-Report, Nr. 2, Frankfurt/Main: HSFK.
- Czempiel, Ernst-Otto 1996a: Kants Theorem, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 3, Nr. 1, S. 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto 1996b: Theorie und Strategie. Überlegungen nach Hajo Schmidts Kommentar, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Jg. 3, Nr. 1, S. 117-122.
- De Zeeum, Jeroen 2005: Projects Do Not Create Institutions: The Record of Democracy Assistance in Post-Conflict Societies, in: *Democratization*, Jg. 12, Nr. 4, S. 481-504.
- Diamond, Larry 1990: Three Paradoxes of Democracy, in: *Journal of Democracy*, Jg. 1, Nr. 3, S. 48-60.
- Diamond, Larry 2003: *Advancing Democratic Governance: A Global Perspective on the Status of Democracy and Directions for International Assistance*, Dezember 2003, <http://www.stanford.edu/~ldiamond/papers.html> (Zugriff: 24.3.2004).

- Diamond, Larry 1995: Promoting Democracy in the 1990s: Actors and Instruments, Issues and Imperatives. A Report to the Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict, Carnegie Corporation of New York, <http://wwics.si.edu/subsites/ccpdc/pubs/di/di.htm> (Zugriff: 24.3.2004).
- Diamond, Larry / Marc F. Plattner (Hg.) 2001: The Global Divergence of Democracies, Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Dixon, William J. / Paul D. Senese 2002: Democracy, Disputes, and Negotiated Settlements, in: Journal of Conflict Resolution, Jg. 46, Nr. 4, S. 547-571.
- Donnelly, Jack 2000: Democracy and US Foreign Policy: Concepts and Complexities, in: David P. Forsythe (Hg.): The United States and Human Rights: Looking Inwards and Outwards, Lincoln/Nebraska: The University of Nebraska Press, S. 199-226.
- Doyle, Michael 2000: Peace, Liberty, and Democracy: Realists and Liberals Contest a Legacy, in: Cox u.a. 2000, S. 21-40.
- Doyle, Michael W. 1983: Kant, Liberal Legacies, and Foreign Affairs, in: Philosophy and Public Affairs, Jg. 12, Nr. 3, S. 205-235.
- Duffield, John S. 1999: Political Culture and State Behavior: Why Germany Confounds Neorealism, in: International Organization, Jg. 53, Nr. 4, S. 765-803.
- Ethier, Diane 2003: Is Democracy Promotion Effective? Comparing Conditionality and Incentives, in: Democratization, Jg. 10, Nr. 1, S. 99-120.
- Farer, Tom J. 2004: The Promotion of Democracy: International Law and Norm, in: Newman/Rich 2004, S. 32-61.
- Finnemore, Martha 1996: Constructing Norms of Humanitarian Intervention, in: Katzenstein 1996, S. 153-185.
- Finnemore, Martha / Kathryn Sikkink 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization, Jg. 52, Nr. 4, S. 887-917.
- Fox, Gregory H. / Brad R. Roth (Hg.) 2000: Democratic Governance and International Law, Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Franck, Thomas M. 1992: The Emerging Right to Democratic Governance, in: The American Journal of International Law, Jg. 86, Nr. 1, S. 46-91.
- Freedom House 2006: Freedom in the World (Webpage), <http://www.freedomhouse.org> (Zugriff: 28.8.2006).
- Frieden, Jeffrey / Lisa L. Martin 2002: International Political Economy: Global and Domestic Interactions, in: Ira Katznelson / Helen V. Milner (Hg.): Political Science: The State of the Discipline, New York/London: W.W. Norton, S. 118-146.
- Gause III, F. Gregory 2005: Can Democracy Stop Terrorism?, in: Foreign Affairs, Jg. 84, Nr. 5, S. 62-76.
- Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroverse um den ‚demokratischen Frieden‘, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 42, Nr. 2, S. 283-298.
- Geis, Anna / Jonas Wolff 2007: Demokratischer Frieden, Demokratischer Krieg und das Projekt globaler Demokratisierung. Hegemonietheoretische Überlegungen aus neo-gramscianischer Perspektive, in: Sonja Buckel / Andreas Fischer-Lescano (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis, Baden-Baden: Nomos, S. 181-198.
- George, Alexander L. / Andrew Bennett 2005: Case Studies and Theory Development in the Social Sciences, Cambridge, MA/ London: MIT Press.
- Gills, Barry K. 2000: American Power, Neo-liberal Economic Globalization, and Low-Intensity Democracy: An Unstable Trinity, in: Cox u.a. 2000, S. 326-344.
- Gills, Barry / Joel Rocamora / Richard Wilson (Hg.) 1993: Low Intensity Democracy. Political Power in the New World Order, London/Boulder, CO: Pluto Press.

- Guilhot, Nicolas 2005: *The Democracy Makers. Human Rights and International Order*, New York: Columbia University Press.
- Gunther, Richard / P. Nikiforos Diamandouros / Hans-Jürgen Puhle (Hg.) 1995: *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore/London: The Johns Hopkins University Press.
- Gunther, Richard / José Ramón Montero / Hans-Jürgen Puhle (Hg.) 2007: *Democracy, Intermediation, and Voting on Four Continents*, Oxford/New York: Oxford University Press.
- Guzzini, Stefano 2000: A Reconstruction of Constructivism in International Relations, in: *European Journal of International Relations*, Jg. 6, Nr. 2, S. 147-182.
- Haass, Richard N. 2005: Regime Change and Its Limits, in: *Foreign Affairs*, Jg. 84, Nr. 3, S. 66-78.
- Hanisch, Rolf (Hg.) 1996a: *Demokratieexport in die Länder des Südens?*, Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Hanisch, Rolf 1996b: Internationale Demokratieförderung: Gründe, Motive, Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen, in: Hanisch 1996a, S. 3-91.
- Harnisch, Sebastian 2003: Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels, in: Gunther Hellmann / Klaus Dieter Wolf / Michael Zürn (Hg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden: Nomos, S. 313-360.
- Harnisch, Sebastian / Hanns W. Maull (Hg.) 2001: *Germany as a Civilian Power? The foreign policy of the Berlin Republic*, Manchester/New York: Manchester University Press.
- Hegre, Håvard / Tanja Ellingsen / Scott Gates / Nils Petter Gleditsch 2001: Toward a Democratic Civil Peace? Democracy, Political Change, and Civil War, 1816-1992, in: *American Political Science Review*, Jg. 95, Nr. 1, S. 33-48.
- Herman, Robert G. / Theodore J. Piccone (Hg.) 2003: *Defending Democracy. A Global Survey of Foreign Policy Trends 1992-2002*, Washington, DC: Democracy Coalition Project, http://www.demcoalition.org/pdf/defending_democracy.pdf (Zugriff: 22.9.2006).
- Holsti, Kalevi J. 1970: National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy, in: *International Studies Quarterly*, Jg. 14, Nr. 3, S. 233-309.
- Hook, Steven W. 2002: Inconsistent U.S. Efforts to Promote Democracy Abroad, in: Schraeder 2002a, S. 109-128.
- Ikenberry, G. John 2000: America's Liberal Grand Strategy: Democracy and National Security in the Post-war Era, in: Cox u.a. 2000, S. 103-126.
- Jepperson, Ronald L. / Alexander Wendt / Peter J. Katzenstein 1996: Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Peter J. Katzenstein (Hg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, S. 33-75.
- Joerißen, Britta / Bernhard Stahl (Hg.) 2003: *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster: LIT.
- Karakas, Cemal 2006: Gradual Integration: An Attractive Alternative Integration Process for Turkey and the EU, in: *European Foreign Affairs Review*, Jg. 11, Nr. 3, S. 311-331.
- Karakas, Cemal 2005a: Abgestuft integrieren statt privilegiert ausgrenzen. Zum mühsamen Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, in: *Zeitschrift für Türkeistudien*, Jg. 18, Nr. 1+2, S. 79-103.
- Karakas, Cemal 2005b: Für eine Abgestufte Integration: Zur Debatte um den EU-Beitritt der Türkei, HSFK-Standpunkte Nr. 4, Frankfurt/Main: HSFK.
- Katzenstein, Peter J. (Hg.) 1996: *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press.

- Keohane, Robert O. 1989: International Institutions: Two Approaches, in: Ders.: International Institutions and State Power. Essays in International Relations Theory, Boulder u.a.: Westview Press, S. 158-179.
- Kirste, Knut / Hanns W. Maull 1996: Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 3, Nr. 2, S. 283-312.
- Knack, Stephen 2004: Does Foreign Aid Promote Democracy?, in: International Studies Quarterly, Jg. 48, Nr. 1, S. 251-266.
- Krell, Gert 2000: Weltbilder und Weltordnung. Einführung in die Theorie der internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos.
- Lauth, Hans-Joachim 1996: Demokratieförderung als ein Element der Außenpolitik der USA: Konzeption, Stellenwert und Auswirkungen, in: Hanisch 1996a, S. 157-185.
- Light, Margot 2001: Exporting Democracy, in: Karen E. Smith, / Margot Light (Hg.): Ethics and foreign policy, Cambridge u.a.: Cambridge University Press, S. 75-92.
- Lowenthal, Abraham F. (Hg.) 1991a: Exporting Democracy. The United States and Latin America. Case Studies, Baltimore/London: Johns Hopkins University Press.
- Lowenthal, Abraham F. 1991b: The United States and Latin American Democracy: Learning from History, in: Lowenthal 1991a, S. 261-283.
- Lutz, Ellen L. / Kathryn Sikkink 2000: International Human Rights Law and Practice in Latin America, in: International Organization, Jg. 54, Nr. 3, S. 633-659.
- Mair, Stefan 2000: Germany's Stiftungen and Democracy Assistance: Comparative Advantages, New Challenges, in: Burnell 2000a, S. 128-149.
- Mair, Stefan 1997: Internationale Demokratisierungshilfe. Erfahrungen und Aufgaben, SWP Arbeitspapiere, Nr. 3020 (Juni 1997), Ebenhausen: Stiftung Wissenschaft und Politik.
- Mann, Michael 2005: The Dark Side of Democracy. Explaining Ethnic Cleansing, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansfield, Edward D. / Jack Snyder 2005: Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go To War, Cambridge, MA/London: MIT Press.
- Mansfield, Edward / Helen Milner / B. Peter Rosendorf 2002: Why Democracies Cooperate More. Electoral Control and International Trade Agreements, in: International Organization, Jg. 56, Nr. 3, S. 477-513.
- Maoz, Zeev / Bruce Russett 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: American Political Science Review, Jg. 87, Nr. 3, S. 624-638.
- March, James G. / Johan P. Olsen 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization, Jg. 52, Nr. 4, S. 943-969.
- Marinov, Nikolay 2004: Do Sanctions Help Democracy? The US and EU's Record, 1977-2004, CDDRL Working Paper, Nr. 28 (2.11.2004), Stanford, CA: Center on Democracy, Development, and the Rule of Law, <http://cddrl.stanford.edu> (Zugriff: 29.8.2005).
- Marshall, Monty G. / Keith Jagers 2006: Polity IV Project. Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2003, College Park, MD: Center for International Development & Conflict Management, <http://www.cidcm.umd.edu/inscr/polity/index.htm>.
- May, Bernhard 1994: Demokratisierung statt globaler Eindämmung, Perspektiven der amerikanischen Politik gegenüber der Dritten Welt, in: Matthias Dembinski / Peter Rudolf / Jürgen Wilzewski (Hg.): Amerikanische Weltpolitik nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden: Nomos, S. 243-264.
- Mayring, Philipp 1997: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.

- McFaul, Michael 2005: Democracy Promotion as a World Value, in: *The Washington Quarterly*, Jg. 28, Nr. 1, S. 147-163.
- McKeown, Timothy J. 2004: Case Studies and the Limits of the Quantitative Worldview, in: Henry E. Brady / David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, S. 139-168.
- Melia, Thomas O. 2005: *The Democracy Bureaucracy. The Infrastructure of American Democracy Promotion*, Discussion Paper, September 2005, http://www.wws.princeton.edu/ppns/papers/democracy_bureaucracy.pdf (Zugriff: 23.6.2006).
- Merkel, Wolfgang 2007: *Systemtransformation* (2. Aufl., zuerst 1999), Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang / Hans-Jürgen Puhle 1999: *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merkel, Wolfgang / Hans-Jürgen Puhle / Aurel Croissant / Claudia Eicher / Peter Thiery 2003: *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*, Opladen: Leske+Budrich.
- Merkel, Wolfgang / Hans-Jürgen Puhle / Aurel Croissant / Peter Thiery 2006: *Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Monten, Jonathan 2005: The Roots of the Bush Doctrine. Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy, in: *International Security*, Jg. 29, Nr. 4, S. 112-156.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: *International Organization*, Jg. 51, Nr. 4, S. 513-553.
- Müller, Harald / Thomas Risse-Kappen 1993: From the Outside In and from the Inside Out: International Relations, Domestic Politics, and Foreign Policy, in: David Skidmore / Valerie M. Hudson (Hg.): *The Limits of State Autonomy. Societal Groups and Foreign Policy Formulation*, Boulder u.a.: Westview Press, S. 25-48.
- Müller, Harald / Jonas Wolff 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation?, in: Anna Geis / Lothar Brock / Harald Müller (Hg.): *Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace*, Houndmills: Palgrave Macmillan, S. 41-73.
- Munck, Gerardo L. 2004: Tools for Qualitative Research, in: Henry E. Brady / David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, S. 105-122.
- Muravchik, Joshua 1991: *Exporting Democracy. Fulfilling America's Destiny*, Washington, DC: AEI Press.
- Nau, Henry 2000: America's Identity, Democracy Promotion and National Interests: Beyond Realism, Beyond Idealism, in: Cox u.a. 2000, S. 127-148.
- Newman, Edward / Roland Rich (Hg.) 2004: *The UN Role in Promoting Democracy. Between Ideals and Reality*, Tokio u.a.: United Nations University Press.
- Olsen, Gorm Rye 2000: Promotion of Democracy as a Foreign Policy Instrument of 'Europe': Limits to International Idealism, in: *Democratization*, Jg. 7, Nr. 2, S. 142-167.
- Ottaway, Marina S. 2003: *Democracy Challenged. The Rise of Semi-Authoritarianism*, Washington DC: Carnegie Endowment for International Peace.
- Ottaway, Marina S. / Thomas Carothers 2005: *Getting to the Core*, in: Dies. (Hg.): *Uncharted Journey: Promoting Democracy in the Middle East*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace, S. 251-267.
- Ottaway, Marina S. / Thomas Carothers (Hg.) 2000: *Funding Virtue: Civil Society Aid and Democracy Promotion*, Washington, DC: Carnegie Endowment for International Peace.

- Peceny, Mark 1999: *Democracy at the Point of Bayonets*, University Park, PE: The Pennsylvania State University Press.
- Pinkney, Robert 2003: *Democracy in the Third World*, Boulder/London: Lynne Rienner.
- Pinto-Duschinsky, Michael 1997: 'The Rise of "Political Aid"', in: Larry Diamond / Marc F. Plattner / Yunhan Chu / Hung-mao Tien (Hg.): *Consolidating the Third Wave Democracies, Regional Challenges*, Baltimore/London: The John Hopkins University Press, S. 295-324.
- Pinto-Duschinsky, Michael 1991: 'Foreign political aid: the German political foundations and their US counterparts', in: *International Affairs*, Jg. 67, Nr. 1, S. 33-63.
- Price, Richard / Nina Tannenwald 1996: 'Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos', in: Katzenstein 1996, S. 114-152.
- Pridham, Geoffrey (Hg.) 1991: *Encouraging Democracy. The International Context of Regime Transition in Southern Europe*, London: Leicester University Press.
- Przeworski, Adam 1991: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge u.a.: Cambridge University Press.
- Puhle, Hans-Jürgen 2007: '„Embedded Democracy“ und „Defekte Demokratien“: Probleme demokratischer Konsolidierung und ihrer Teilregime', in: Marianne Beisheim / Gunnar Folke Schuppert (Hg.): *Staatszerfall und Governance*, Baden-Baden: Nomos, S. 122-143.
- Puhle, Hans-Jürgen 2003: 'Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie', in: Nikolaus Werz (Hg.): *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Opladen: Leske+Budrich, S. 15-43.
- Puhle, Hans-Jürgen 2001: 'Mobilizers and Late Modernizers: Socialist Parties in the New Southern Europe', in: P. Nikiforos Diamandouros / Richard Gunther (Hg.): *Parties, Politics, and Democracy in the New Southern Europe*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press, S. 268-328.
- Puhle, Hans-Jürgen 1999: 'Demokratisierungsprobleme in Europa und Amerika', in: Hauke Brunkhorst / Peter Niesen (Hg.): *Das Recht der Republik*, Frankfurt: Suhrkamp Verlag, S. 317-345.
- Puhle, Hans-Jürgen 1997: 'Politische Parteien und demokratische Konsolidierung in Südeuropa', in: Wolfgang Merkel / Eberhard Sandschneider (Hg.): *Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess*, Opladen: Leske+Budrich, S. 143-169.
- Puhle, Hans-Jürgen 1994: 'Transitions', *Demokratisierung und Transformationsprozesse in Südeuropa*, in: Wolfgang Merkel (Hg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, Opladen: Leske+Budrich, S. 173-194.
- Ragin, Charles C. 2004: 'Turning the Tables: How Case-Oriented Research Challenges Variable-Oriented Research', in: Henry E. Brady / David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield, S. 123-138.
- Ralph, Jason G. 2000: 'High Stakes' and 'Low-Intensity Democracy': Understanding America's Policy of Promoting Democracy, in: Cox u.a. 2000, S. 200-217.
- Rawls, John 1999: *The Law of Peoples*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press.
- Ray, James Lee 2003: 'A Lakatosian View of the Democratic Peace Research Program', in: Colin Elman / Miriam Fendius Elman (Hg.): *Progress in International Relations Theory. Appraising the Field*, Cambridge, MA / London: MIT Press, S. 204-243.
- Risse-Kappen, Thomas 1995: 'Democratic Peace – Warlike Democracies: A Social Constructivist Interpretation of the Democratic Peace', in: *European Journal of International Relations*, Jg. 1, Nr. 4, S. 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: 'Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle', in: Gert Krell / Harald Müller (Hg.): *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*, Frankfurt u.a., S. 159-189.

- Rittberger, Volker (Hg.) 2001: German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester/New York: Manchester University Press.
- Robinson, William I. 1996: Promoting Polyarchy. Globalization, United States Intervention and Hegemony, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rose, Gideon 1998: Neoclassical Realism and Theories of Foreign Policy. Review Article, in: World Politics, Jg. 51, Nr. 1, S. 144-172.
- Rüland, Jürgen / Nikolaus Werz 2002: Germany's Hesitant Role in Promoting Democracy, in: Schraeder 2002a, S. 73-89.
- Russett, Bruce / John R. Oneal 2001: Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York/London: WW Norton & Co.
- Sandschneider, Eberhard 2003: Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen, Gutachten für das Centrum für angewandte Politikforschung, http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf (Zugriff: 3.5.2006).
- Schmitter, Philippe C. / Imco Brouwer 1999: Conceptualizing, Researching and Evaluating Democracy Promotion and Protection, EUI (European Institute Florence) Working Paper SPS, Nr. 99/9, San Domenico., http://cadmus.iue.it/dspace/retrieve/995/sps99_9.pdf (Zugriff: 15.9.2005).
- Schmitz, Hans Peter / Katrin Sell 1999: International Factors in Processes of Political Democratization, in: Jean Grugel (Hg.): Democracy Without Borders. Transnationalization and conditionality in new democracies, London/New York: Routledge, S. 23-41.
- Schraeder, Peter J. 2003: The State of the Art in International Democracy Promotion: Results of a Joint European-North American Research Network, in: Democratization, Jg. 20, Nr. 2, S. 21-44.
- Schraeder, Peter J. (Hg.) 2002: Exporting Democracy. Rhetoric vs. Reality, Boulder/London: Lynne Rienner.
- Scott, James M. / Carie A. Steele 2005: Assisting Democrats or Resisting Dictators? The Nature and Impact of Democracy Support by the United States National Endowment for Democracy, 1990-99, in: Democratization, Jg. 12, Nr. 4, S. 439-460.
- Sen, Amartya 1999: Democracy as a Universal Value, in: Journal of Democracy, Jg. 10, Nr. 3, S. 3-17.
- Shapiro, Michael J. / G. Matthew Bonham / Daniel Heradstveit 1988: A Discursive Practices Approach to Collective Decision-Making, in: International Studies Quarterly, Jg. 32, Nr. 4, S. 397-419.
- Smith, Karen E. 2003: European Union Foreign Policy in a Changing World, Cambridge: Polity.
- Smith, Steve 2000: US Democracy Promotion: Critical Questions, in: Cox u.a. 2000, S. 63-82.
- Smith, Tony 2000: National Security Liberalism and American Foreign Policy, in: Cox u.a. 2000, S. 85-102.
- Smith, Tony 1994: America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century, Princeton: Princeton University Press.
- Snyder, Jack 2000: From Voting to Violence. Democratization and Nationalist Conflict, New York/London: W.W.Norton & Co.
- Spanger, Hans-Joachim 2006: The Mixed Record of Democracy Promotion or Bernstein Meets Kautsky. Paper prepared for the 47th Annual ISA Convention, March 22-25, 2006, San Diego, CA.
- Spanger, Hans-Joachim 2005: Paradoxe Kontinuitäten. Die deutsche Russlandpolitik und die koalitionären Farbenlehren, HSFK-Report, Nr. 12, Frankfurt: HSFK.
- Spanger, Hans-Joachim 2004: Modernisierung contra Demokratisierung. Putins russischer Weg, HSFK-Report, Nr. 12, Frankfurt/Main: HSFK.
- Spanger, Hans-Joachim 2003: What drives, what stalls the Russia policy in the West? On domestic and other sources, in: S. Medvedev / A. Kononov / S. Oznobishchev (Hg.): Russia and the West at the

- Millennium. Global Imperatives and Domestic Policies, Garmisch-Partenkirchen: George C. Marshall European Center for Security Studies, S. 89-106.
- Spanger, Hans-Joachim 2002a: Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Rußland, in: Osteuropa, 52. Jg., Nr. 7, S. 853-870.
- Spanger, Hans-Joachim 2002b: Zwischen demokratischem Idealismus und sicherheitspolitischem Realismus: Russland und der Westen nach dem 11. September, in: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 4, S. 125-142.
- Spanger, Hans-Joachim 2001: Die Fesseln der Konditionierung. Demokratieexport nach Russland als Politikersatz, HSFK-Report, Nr. 4, Frankfurt/Main: HSFK.
- Spanger, Hans-Joachim / Peter W. Schulze (Hg.) 2000: Die Zukunft Rußlands. Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise, Frankfurt/Main: Campus.
- Spanger, Hans-Joachim / Jonas Wolff 2007a: Why promote democratisation? Reflections on the instrumental value of democracy, in: Marieke van Doorn / Roel von Meijenfildt (Hg.): Democracy: Europe's Core Value? On the European profile in world-wide democracy assistance, Delft: Eburon, S. 33-49.
- Spanger, Hans-Joachim / Jonas Wolff 2007b: Universales Ziel – partikulare Wege? Externe Demokratieförderung zwischen einheitlicher Rhetorik und vielfältiger Praxis, in: Anna Geis / Harald Müller / Wolfgang Wagner (Hg.): Schattenseiten des Demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik, Frankfurt/New York: Campus, S. 261-284.
- Spanger, Hans-Joachim / Jonas Wolff 2005: Complementary Objectives, Conflicting Actions? Democracy Promotion as Risk Management, Paper presented to the ISA Annual Convention 2005, 1-3 March 2005, Honolulu, Hawaii.
- Spanger, Hans-Joachim / Jonas Wolff 2003: Armutszureduzierung durch Demokratisierung? PRSP: Chancen und Widersprüche einer neuen entwicklungspolitischen Strategie, HSFK-Report, Nr. 6, Frankfurt/Main: HSFK.
- Spence, Matthew 2005: Policy Coherence and Incoherence: The Domestic Politics of American Democracy Promotion, CDDRL Working Paper, Nr. 31 (20.1.2005), Stanford, CA: Center on Democracy, Development, and The Rule of Law, http://iis-db.stanford.edu/pubs/20808/Spence_CDDRL_10-4_draft1_No31.pdf (Zugriff: 18.4.2005).
- Talbott, Strobe 1996: Democracy and the National Interest, in: Foreign Affairs, Jg. 75, Nr. 6, S. 47-63.
- Tewes, Henning 2002: Germany, Civilian Power and the New Europe. Enlarging NATO and the European Union, Houndmills: Palgrave.
- Van Evera, Stephen 1997: Guide to Methods for Students of Political Science, Ithaca/London: Cornell University Press.
- Whitehead, Laurence 2005: Freezing the Flow: Theorizing About Democratization in a World in Flux, in: Tawain Journal of Democracy, Jg. 1, Nr. 1, S. 1-20.
- Whitehead, Laurence (Hg.) 1996: The International Dimensions of Democratization. Europe and the Americas, Oxford: Oxford University Press.
- Whitehead, Laurence 1991: The Imposition of Democracy, in: Lowenthal 1991a, S. 234-260.
- Windsor, Jennifer L. 2003: Promoting Democratization Can Combat Terrorism, in: The Washington Quarterly, Jg. 26, Nr. 3, S. 43-58.
- Wolff, Jonas 2007: (De-)Mobilising the Marginalised. A Comparison of the Argentine *Piqueteros* and Ecuador's Indigenous Movement, in: Journal of Latin American Studies, Jg. 39, Nr. 1, S. 1-29.
- Wolff, Jonas 2006a: Zwischen Demokratisierung und Destabilisierung: Die indigenen Bewegungen in Bolivien und Ecuador als Herausforderung der real-existierenden Demokratie, in: Franziska Bopp / Georg Ismar (Hg.): Bolivien – Neue Wege und alte Gegensätze, Berlin: Wissenschaftlicher Verlag Berlin, S. 247-278.

- Wolff, Jonas 2006b: What Role for Democracy Promotion? US Reactions to Contemporary Political Developments in South America, Paper zur 47. Annual ISA (International Studies Association) Convention, 22.-25.3.2006, San Diego, CA, <http://www.isanet.org>.
- Wolff, Jonas 2005: Ambivalent consequences of social exclusion for real-existing democracy in Latin America: the example of the Argentine crisis, in: *Journal of International Relations and Development*, Jg. 8, Nr. 1, S. 58-87.
- Wolff, Jonas 2004a: Demokratisierung als Risiko der Demokratie? Die Krise der Politik in Bolivien und Ecuador und die Rolle der indigenen Bewegungen, HSFK-Report, Nr. 6, Frankfurt/Main: HSFK.
- Wolff, Jonas 2004b: Bolivien – Krise eines Friedensmodells, in: Christoph Weller/ Ulrich Ratsch/ Reinhard Mutz/ Bruno Schoch/ Corinna Hauswedell (Hg.): *Friedensgutachten*, Münster: LIT Verlag, S. 107-115.
- Wolff, Jonas 2003: Bestimmungsfaktoren und Konsequenzen der offiziellen Dollarisierung in Lateinamerika. Eine politökonomische Analyse unter besonderer Berücksichtigung Ecuadors, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde (Beiträge zur Lateinamerikaforschung, Band 10).
- Wolff, Jonas 2002: Der US-Dollar als Rettungsanker? Ambivalenzen einer Krisenstrategie am Beispiel Ecuadors, HSFK-Report, Nr. 6, Frankfurt/Main: HSFK.
- Youngs, Richard 2004: *International Democracy and the West. The Role of Governments, Civil Society, and Multinational Business*, Oxford: Oxford University Press.